



Deutscher, Russland — so daß es gänzlich unentbehrlich erscheint, daß und alle die vielen Getreidezufuhrwege zu Wasser und zu Lande auf einmal versperret werden könnten. Die ganze Welt müßte gegen uns im Bunde sein, und eine solche Möglichkeit auch nur einen Augenblick fest ins Auge zu fassen, das heißt doch unserer auswärtigen Politik grenzenloses Mißtrauen entgegenbringen.

Nicht das ist das Wichtigste, wenn es auch das pikanteste ist, daß der Stellvertreter des Reichskanzlers in seiner Frühzeit die deutsche Diplomatie, ohne es zu wollen und zu wünschen, einer so scharfen Kritik unterwarf; vielmehr: daß er nicht im lückelosen Zolltarif, sondern in der auswärtigen Politik das geeignete Mittel sah, eine Koalition der gefährlichen Art zu verhindern, die Friedrich der Große im erschöpfenden siebenjährigen Krieg nur durch den Zufall des blinden Glücks sprengen konnte. Fürst Bismarck gestand, daß das Schreckgespenst eines solchen Bundes ihn noch in den Träumen quälte; er hätte jeden Preis für die Vermeidung eines Krieges gezahlt, in dem der Wetterbericht wichtiger als der Generalstabsbericht ist.

Wenn Deutschland nach dem Kriege zu alter Blüte zurückkehren soll, wenn sich seine Menschen von dem unendlichen Leiden und den ausgedehnten Entbehrungen erholen sollen, wenn besonders die künftige Generation in ihrer Entwicklung nicht den schwersten Schäden nehmen soll, so müssen billige, gute und ausreichende Lebensmittel für jedermann käuflich sein. Professor Volkod hat schon in den ersten Kriegswochen in den „Preussischen Jahrbüchern“ nachgewiesen, daß die beliebten Statistiken durchaus falsch seien, wonach auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland so viel Nahrungsmittel entfallen, wie in England. Der Engländer lebte in Friedenszeiten im Durchschnitt billiger und besser als der Deutsche. Wenn das nicht auf allen Gebieten geschlagen werden soll, warum soll es in der Güte und Reichlichkeit der Volksernährung, die das Fundament der physischen Gesundheit einer Nation ist, den Vorrang haben?

Den Herren, die auch heute noch in einem möglichst lüdenlosen und hohen Schutzzoll alles Heil für Deutschlands Zukunft erblicken, möchten wir nochmals die Rede in Erinnerung zurückrufen, die Herr Helfferich im Jahre 1901 gehalten hat. Da lesen wir:

„Eine Herabsetzung der Lebenshaltung der großen Massen, eine leidensvolle Zurückdämmung der Bevölkerungszunahme, das ist die Perspektive, die uns die Erfüllung der agrarischen Forderungen eröffnet. Vielleicht möchten dann die Agrarier am letzten Ende recht behalten mit ihrer Behauptung, daß die deutsche Landwirtschaft bei ausreichend hohen Preisen imstande sei, den deutschen Nahrungsbedarf ausschließlich zu versorgen; aber nicht weil dann die deutsche Landwirtschaft entsprechend mehr produziert, sondern weil die deutsche Bevölkerung weniger konsumiert, weil sie in ihrer Zahl herabgedrückt und auf schmale Rationen gesetzt wird.“

Die deutsche Wirtschaftspolitik wird nicht die Wege gehen dürfen, die ihr der Bund der Landwirte weist, wenn sich diese trübselige Aussicht nach dem Kriege nicht verwirklichen soll.

## Die belgischen Sozialisten für die Internationale.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Die Versuche der chauvinistischen Emigrantpresse in Holland und ihrer Hintermänner und „sozialistischen“ Helfer, das sozialistische Denken der freiwillig oder als Internierten in diesem Land lebenden belgischen Arbeiter zu zernervieren und die Organisation durch Ausstreuen persönlicher Verdächtigungen zu untergraben, hat jämmerlich Schiffbruch gelitten. Der vom belgischen Arbeiterbund am 18. d. Mts. im Haag veranstaltete Kongreß zeigte eine völlige Einstimmigkeit der Gesinnung, ein absolutes Vertrauen zu den führenden Genossen und den einmütigen Entschluß, die belgische Arbeiterpartei wieder auf den Weg der internationalen Aktion zu führen.

Die bedeutendste Beratung und Abstimmung betraf die „proletarische Auffassung des Friedens“. In der Diskussion erklärte der Verbandsschreiber: Die Wiederherstellung der internationalen Beziehungen ist notwendig. Der historische Augenblick ist gekommen, um gemeinsam den Kampf für den Frieden zu beginnen. Die französische Partei will nicht kommen, solange die deutschen Friedensbedingungen nicht bekannt sind. Aber sie steht an einem Wendepunkt. Ihre Wehrheit betrug nur 130 Stimmen. Die Genossen aus dem besiegten Belgien, die in ihrer Instruktion an die Broudère und Vandervelde für die Pariser Konferenz eine Zusammenkunft mit den Deutschen von der Räumung Frankreichs und Belgiens abhängig machen, haben nicht das Recht, im Namen der Partei zu sprechen. Haben die belgischen Delegierten im internationalen Exekutivbureau das Recht, dieses mit Lahmheit zu schlagen? Wenn sie ihre Zustimmung für widersprechend gegen die belgischen Interessen halten, mögen sie demissionieren! Sie dürfen das Interesse der gesamten Arbeiterklasse nicht den Interessen ihres Landes unterordnen.“

Quysmans wies darauf hin, daß von den 28 Staaten, die an die Internationale angeschlossen sind, 25 sich für die Aufnahme der internationalen Beziehungen erklärt haben: „Und die belgischen Gewerkschaften verhandeln schon mit den Deutschen. Auch die französische Fraktion hält die Zeit für Unterhandlungen für angebrochen. Sie hat sich bereit erklärt, die Initiative Wilsons zu unterstützen. Hat sie zum Proletariat weniger Vertrauen wie zur Bourgeoisie? Lassen wir uns von den Regierungen nicht zudorkommen!“ Auf einen Vorbehalt eines Delegierten aus Amsterdam, der die Erörterung der Schulfrage als unumgänglich bezeichnete, erwiderte Hundsmans: Die englische J. L. P. will nur unter der Bedingung mitmachen, daß diese erst nach dem Kriege stattfindet. Indes wird diese Frage, sobald man beisammen ist, von selbst auf Tapet kommen. Das ist indes ohne Gefahr, wenn die Parteien nur begreifen, daß nicht das Vergangene, sondern die Zukunft die Hauptsache. Die Schulfrage ist: Wie kommen wir aus dem Krieg hinaus? Wir müssen eine neue Taktik begründen.

Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. Sie erklärt einleitend, daß die organisierte Arbeiterklasse aller Länder an den Lösungen der Regierungen kein Genüge finden kann und eine eigenverantwortliche sozialistische Lösung suchen muß, die die Welt gegen die Rückkehr imperialistischer Anfälle beschützt. Zu ihrer Verwirklichung ist es

wünschenswert, die in Stuttgart, Kopenhagen und Basel angenommenen Prinzipien in konkrete Forderungen umzusetzen, und dazu ist eine Konferenz nötig, auf der die Widerheiten wie die Wehrheiten der angefallenen Organisationen berichtigt sind.

Die Resolution spricht weiter die Erwartung aus, daß die politischen Parteien, die bisher aus Opportunismuspolitik der Teilnahme an einer Konferenz widerstrebten, bald dem Beispiel der französischen und belgischen Gewerkschaften folgen werden.

## Das Ringen um den Freihandel.

### Lloyd Georges Unterhausrede.

Das Bekenntnis zum Freihandel und die Abneigung gegen die militärische Dienstpflicht waren in der alten holländischen Zeit dem Engländer tief eingewurzelt, waren politische Tatsachen, gegen die eine Zahl Politiker mit mehr Eifer als Wirkung auftrifft, wird die kriegsmäßigen Weizenpreise den Farmern auf noch drei Der Krieg unterwarf das Inselvolk dem harten Zwang militärischen Drills; der Krieg legt praktisch den Freihandel hinweg.

Lloyd George kündigte am Freitag dringende Einfuhrbeschränkungen an, um Lonnage zu sparen oder für bessere Zwecke freizumachen und die Währung zu schützen. Von dem heiklen Problem des Sterlingkurzes sprach zwar der englische Premierminister nicht; aber auch ohne das darf man glauben, daß ihm die Beschränkung der Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln eine angenehme Nebenwirkung ist.

Außer mit Erlaubnis des Handelsamtes dürfen nicht eingeführt werden:

Kunstwerke, Korbmöbel, Bücher, Zeitungen (ausgenommen in einzelnen Exemplaren), roher und zubereiteter Kalbs-, Kalb-, Schweine-, frische und künstliche Blumen, Glas, Handschuhe, Leder, Leinen, Garne, Seide, Pelzwaren, Holz und Bauholz aller Art.

Die Bier- und Branntweinherzeugung wird eingeschränkt. Aber noch tiefer und umfassender greift Lloyd George in die Wirtschaft, tiefer und umfassender selbst als die deutsche Regierung, die eine belagerte Festung kommandiert. Mit imponierender Entschlossenheit geht der frühere Sozialreformer ins Zeug, um die Erziehbildung der englischen Landwirtschaft zu steigern. Die Regierung wird die kriegsmäßigen Weizenpreise den Farmern auf noch drei Jahre verbieten, für die Arbeiter Mindestlöhne festsetzen und die Erhöhung der Pachtgelder verbieten. Glücklich England, wo der gespensterhafte Spuk der Kompetenzen vor dem Willen eines Mannes weicht, wo Volkstümlichkeit nicht in dunklen Worten über die Hemmungen der Volksernährung durch ein Amt munkteln.

Im Unterhaus erhoben sich zweifelnde Stimmen, die die Notwendigkeiten der durchgreifenden Ordnung bestritten und aus denen die Interessen deutsch hörbar wurden. Aber ernstlicher Widerstand wurde durch die Beschränkung der Papiervorräte werde für alle wenig bedeuten. Die Regierung sollte die Aufstapelung von Papier durch wenige große Unternehmungen verhindern und für eine gerechte Verteilung sorgen. Wenn das Land den Verbrauch nicht einschränke, werde großer Mangel eintreten, ehe die neue Ernte eingebracht sei, und die Bevölkerung werde sich vielleicht einer viel weitergehenden zwangsmäßigen Rationierung zu unterwerfen haben. Die Maßregeln der Regierung zur Beschränkung der nicht durchaus notwendigen Einfuhr seien gerechtfertigt. Die Regierung sollte auch in den Häfen und bei den Eisenbahnen aussehend Zeule einstellen, um eine zähere Verteilung der Waren zu ermöglichen und die Schiffe rascher zu löschen. Der Landwirtschaft seien Arbeitskräfte notwendig.

So tiefe Eingriffe in die Landwirtschaft wie Verbürgung fester Preise auf drei Jahre, Mindestlöhne für Arbeiter, Verbot der Pachtserhöhung sind Staatschutz und Staatshilfe, dem Wesen nach nicht anders als Zölle. Das Ziel ist gleich, nur die Mittel sind dort besser, hier schlechter.

Daß doch der preussischen Landwirtschaftsminister die Lust hatte, es dem schändlichen Albion gleichzutun, Gesindeordnung und Jählingensrecht abzuschaffen, Mindestlöhne für die landwirtschaftlichen Arbeiter einzuführen!

Was heute in England Zwang des Augenblicks ist, bahnt den Interessen des Schutzzolls auf die Dauer den Weg. Alle Zeichen deuten auf seinen Sieg.

Der parlamentarische Ausschuß, der zur Beratung der lommerziellen und industriellen Politik des Vereinigten Königreichs eingesetzt ist, erstattete einen Bericht, worin nach dem Kriege besondere Maßnahmen zur Anregung der Erzeugung von Nahrungsmitteln, Rohmaterial und Manufakturwaren im Reich getrieben werden müssen. Der Ausschuß empfiehlt daher, die englische Regierung solle schon jetzt erklären, daß sie grundsätzlich für die Bewilligung einer Vorzugsbehandlung der Landeserzeugnisse und Manufakturwaren aus englischen überseeischen Dominions bei Festsetzung jeglicher oder künftiger Einfuhrzölle oder Abgaben des Vereinigten Königreichs eintrete.

Auch heute ist der Freihandel in England noch nicht ganz tot, aber er liegt im Sterben. Dem an Zollkämpfe gewöhnten Deutschen sagt das Wort zu wenig: Freihandel ist mehr als Zollfreiheit, ist Freiheit und Selbstständigkeit der Wirtschaft gegen den Staat; sein Gegenstand ist nicht Schutzzoll, ist Staatshilfe, Staatschutz. Während der alte Freihandel in den letzten Tagen röhrt, kämpfen seine treuesten Freunde für Zollfreiheit, einen bedeutenden Teil des Freihandels, aber nicht mehr um den Freihandel selbst. Manchester Guardian sagt, der Führer der liberalen Partei werde den vorgeschlagenen allgemeinen Zolltarif mit seinen Reichsvorzugszöllen entschieden bekämpfen.

Auch in diesem Kampfe werden die Langen vergeblich splitteln. Auch der Schutzzoll wird sitzen und den Triumph der Staatshilfe vollkommen machen, die dann dem Kapital mehr als der Arbeit dient.

Lugano, 24. Februar. Die der Londoner Korrespondent des „Secolo“ meldet, habe das offene Eingeständnis der schweren drohenden Gefahr der U-Boot-Sperre, das Lloyd George in seiner Rede machen mußte, im Unterhaus wie im Publikum den allerheftigsten Einbruch hervorgerufen, ebenso die Ankündigung der Einschränkung der Lebensmittel- und Rohmaterial-Einfuhr und Erhöhung der eigenen Inlandsproduktion. Die Umgebung des Parlamentes war von Menschenmassen angefüllt, die den Inhalt der Rede des Ministerpräsidenten auf das Schnellste wissen wollten. Obwohl die Mitglieder des Parlamentes Lloyd Georges ledigsten Beifall spendeten, kam es vor dem Gebäude zu keiner Demonstration, obgleich eine solche beabsichtigt gewesen zu sein scheint.

## Hestiger englischer Angriff auf Sellahie.

### Der türkische Seeresbericht.

Konstantinopel, 23. Februar. Amtlicher Bericht vom 23. Februar. Tigrisfront. Am 22. Februar machte der Feind nach heftiger Artillerievorbereitung mit vier Brigaden einen Angriff auf unsere Stellung bei Sellahie. Der

Kampf spielte sich hier mit äußerster Hestigkeit ab. Trotz seiner sehr schweren Verluste gelang es dem Feinde nicht, einen entscheidenden Erfolg zu erringen.

Kaukasusfront. Auf dem Abschnitt unseres linken Flügels drang eine unserer starken Aufklärungsabteilungen in die feindliche Stellung ein, fügte dem Gegner schwere Verluste zu und kehrte nach Erfüllung ihrer Aufgabe in ihre Stellung zurück.

In den anderen Fronten hat sich kein Ereignis von Bedeutung zugetragen.

### Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Konstantinopel, 23. Februar. Der Berichterstatter der Agentur Milli in Mesopotamien teilt mit: Südlich von Kut el Amara ist es den Engländern nach ihrer letzten Niederlage nicht möglich, ihren gewagten Versuch zu erneuern. Im Laufe der Schlacht vom 17. Februar. Vor unseren Sellahie-Stellungen wurde eine bis in unsere Gräben vorgedrungene Brigade farbiger Engländer vernichtet; die wiedereroberten Gräben waren mit Leichen von Engländern angefüllt. Nach Ausgängen Gefangener und Mitteilungen aus anderen Quellen führen mehrere Schiffe voll englischer Verwundeten südwärts ab. Die englischen Verluste in den letzten Kämpfen übersteigen 30 000 Mann.

Englischer Seeresbericht aus Mesopotamien vom 23. Februar. Vier Sicherer und besetzten getrennt zwei Grabenreihen am südlichen Ende der Stellung von Sannaiat. Der Kampf dauert an. Der Tigris ist angeschwollen, und die Ueberschwemmung behindert die Tätigkeit.

## Der Krieg auf den Meeren.

### 11 000 Tonnen-Dampfer versenkt.

Rotterdam, 24. Februar. Die englischen Dampfer Berrima (11 131 Brutto-Registertonnen), Headley (4953 Brutto-Registertonnen), der Fischdampfer Picton Castle (245 Brutto-Registertonnen), der französische Schooner Violette (145 Brutto-Registertonnen), der griechische Dampfer Saeris (3914 Brutto-Registertonnen), die englischen Dampfer Lundy Island (3095 Brutto-Registertonnen), Lucent (1400 Brutto-Registertonnen) und Sunderland (4349 Brutto-Registertonnen) wurden versenkt.

Rom, 24. Februar. Nach einer Meldung der Agenzia Stefani wurde der am 13. Februar nach Saloniki abgegangene Transportdampfer Minas am 15. Februar durch ein feindliches Unterseeboot ungefähr 100 Meilen westlich von Kap Matapan versenkt. Herbeigeeilte Fahrzeuge hätten einen Teil der an Bord befindlichen Truppen retten können.

London, 23. Februar. Lloyd meldet: Der englische Dampfer Belgier (4588 Br.-Reg.-T.), der englische Dampfer Watfield und die englische Bark Invercauld (1416 Br.-Reg.-T.) sind versenkt worden.

London, 24. Februar. Lloyd meldet, daß der englische Dampfer Grenadier, 1004 Tonnen, versenkt wurde. Der Kapitän und sechs Mann der Besatzung wurden gerettet. Der Dampfer Trojan Prince, 3196 Tonnen, wurde versenkt.

Konstantinopel, 24. Februar. Nach englischen Blättern werden die folgenden Schiffe von Lloyd als vermisst angegeben: Dampfer Bahnsauf, 3000 Tonnen, aus London und die britischen Segler: Pluto, Brodassh und Columbia. Der norwegische Dampfer Mauranger, 1024 Tonnen, ist sehr stark überfällig, der spanische Dampfer Josefa Raich, 2054 Tonnen, ist gesunken.

Konstantinopel, 23. Februar. Auf der Börse wurde heute berichtet, daß die norwegische Bark Falls of Kion (1965 Br.-T.-Tonne) im Kanal von einem deutschen U-Boot zu Sinken gebracht wurde.

## Französischer 12 600 Tonnen-Dampfer versenkt.

Köln, 24. Februar. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Amsterdam: Der französische Marineminister gibt die Versenkung des Postdampfers Athos bekannt. Er wurde im Mittelmeer torpediert. An Bord befanden sich senegalische Schützen, die nach Frankreich gebracht werden sollten — (Der Dampfer Athos gehörte der Messageries Maritimes und Waas, 12 644 Brutto-Registertonnen).

Washington, 23. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der amerikanische Konsul in Malla hat dem Staatsdepartement telegraphisch, daß der amerikanische Missionar Robert Sadom aus Tsching (China) ertrunken ist, als der Dampfer Athos am 17. Februar ohne Warnung von einem Unterseeboot versenkt wurde.

## Die französische Getreideeinfuhr fast lahmgelegt.

Die „Liberte“ leitet ihren Bericht über den Getreidemarkt vom 18. Februar mit folgenden Sätzen ein: Infolge des warnungslosen Torpedierens sind die Frachtkosten geradezu phantastisch geworden. Die Getreideeinfuhr ist in Frankreich fast gänzlich lahmgelegt. Aber gerade weil wir nicht sicher sind, daß die bestellten Kornmengen auch wirklich in Frankreich eintreffen, sind wir gezwungen, im Ausland immer wieder neue Käufe abzuschließen, um wenigstens etwas zu erhalten. Natürlich profitieren bei dieser Notlage die überseeischen Ausfuhrhäuser und so bleibt bei der steigenden Nachfrage der internationale Getreidemarkt fast mit steigender Tendenz.

## Frederik VIII.

Kopenhagen, 23. Februar. Die Vereinigte Dampfschiffahrts-Gesellschaft ist noch ohne Nachricht, ob der Dampfer Frederik VIII. bereits Halifax verlassen hat. Seit der Abreise des Dampfers aus New York ist bereits über eine Woche verstrichen. Seitdem ist kein Telegramm über den Dampfer bei der Reederei eingetroffen. Es wird angenommen, daß der Dampfer Halifax schon verlassen hat und daß die Drahtnachricht hierüber von der englischen Post zurückgehalten wird. Wie jetzt festgestellt ist, wird der Dampfer Post nicht mitbringen. Unter den Reisenden befindet sich auch eine Anzahl Skandinavier.

## Die englische Hilfsdienstvorlage.

Zu zweiter Lesung hat das Unterhaus am Donnerstag die Hilfsdienstvorlage angenommen. Sie ging nicht ohne bemerkenswerte Widerstände durch. Nach dem „Newspaper“ wurde sie nicht sehr freundlich aufgenommen. Staatssekretär Caine legte dar, welche Maßnahmen das Gesetz in Bewegung bringen sollte. Er führte aus: Die Regierung beabsichtige durchzuführen, daß nach einem gewissen Datum Personen zwischen 17 und 61 Jahren in nicht wesent-

Aus der Partei.

Die Parteisplaltung der Arbeitsgemeinschaft.

Die Arbeitsgemeinschaft betrauert bei jeder Gelegenheit, an der Parteisplaltung völlig unschuldig zu sein. Gegenseitige Vorlegungen finden bei ihren Anhängern wenig Glauben, da diese in ein grenzenloses Mißtrauen gegen die Mehrheitsseite hineingehebt worden sind.

Aber auch für Anhänger der Arbeitsgemeinschaft dürfte gemäß das folgende Zeugnis unüberwindlich sein, denn es wird ausgestellt von einem Blatt der äußersten Linken, der auf dem Spartakusbundpunkt stehenden Bremer Arbeiterpolitik. Diese schreibt in ihrer letzten Nummer von der Spaltung der Arbeitsgemeinschaft:

Und die Zentrumsleute (so pflegt die äußerste Linke die Arbeitsgemeinschaft zu bezeichnen. Red. d. „Spart.“) sehen das Ausmaß ihres Verstoßes und ergreifen im stillen Gegenmaßregeln. Sie haben eine Zeitung ihrer Organisationen in der Arbeitsgemeinschaft, sie wählen eine neue Konferenz ab, in der „Leipziger Volkstimme“ haben sie ihr Zentralorgan. Kurz und gut: sie haben eine Partei gebildet, die sich von den anderen nur dadurch unterscheidet, daß sie selbst ihre Existenz verleugnet, um als Verein verfolgter Unschuldigen das Leben leichter fristen zu können.

Dieser äußerlich amorphe Zustand erhebt sie der Pflicht, offen das Banner ihrer Partei zu entfalten, erlaubt ihnen, vom Zwielicht zu profitieren.

Da die Unlösbarkeiten auf der Reichskonferenz der Opposition vertreten waren und den Sinn der dort gefassten Beschlüsse kennen, so wird man ihnen wohl ein zutreffendes Urteil zutrauen können.

Bezeichnend für die Spaltungsabsicht der Arbeitsgemeinschaft sind auch Tatsachen, die auf einer Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins in Großsch. der Referent Genosse Sabert machte. Er führte nach einem Bericht der „Volkstimme“ für das Rudolstadt u. a. aus:

Der Kreisverband des 14. Wahlkreises hat auch eine Bescheidung dieser Sonderkonferenz abgelehnt. Es ist bemerkenswert, daß in der Kreisverbandssitzung, in der man sich mit der Angelegenheit beschäftigt habe, der Genosse Schröder vom Leipziger Bezirksverband bemerkte, daß der Genosse Haase in einer vorher stattgefundenen Besprechung der Opposition geduldet habe, es sei jetzt der günstigste Zeitpunkt zur Spaltung.

Schröder habe zwar später behauptet, mißverstanden worden zu sein, Tatsache bleibe aber, daß er wörtlich diese jedes Mißverständnis ausschließende Äußerung getan habe. Ferner führte Genosse Sabert noch aus:

Bezeichnend ist aber auch, daß bereits in einer Kreisversammlung des 14. Wahlkreises im August 1916, wo der Delegierte zur Reichskonferenz gewählt wurde, Genosse Rißler erklärte, sich der Politik der Mehrheit unter keinen Umständen zu fügen. Er (Redner) habe hierauf gleich darauf hingewiesen, daß mit dieser Bemerkung zum Ausdruck gebracht worden ist, daß man sich dann auch nicht den Beschlüssen eines künftigen Parteitagess zu fügen gewillt ist, wenn er im Sinne der Mehrheit entscheidet.

Man schafft also eine nach außen hin verleugnete Organisation und wartet mit ihr den günstigsten Zeitpunkt zur Spaltung ab, vermeißelt der Parteilichkeit offen den Gehorsam, — aber an der Spaltung ist man gänzlich unschuldig!

Aus Groß-Berlin.

Neue Wurstbestimmungen für Berlin.

Durch Verordnung des Magistrats vom 12. Februar ist die gewerbliche Herstellung und der Verkauf von Wurst in Berlin neu geregelt worden. Zugelassen ist die Herstellung folgender Wurstsorten (Frischwurst):

- 1. Feinher Wurst mit Semmelzweig.
2. Leberwurst mit Semmelzweig.
3. Bratwurst, mit Wasser abgerieben, und Saucisken, sowie anderer Bratwurst aus grob zerhacktem Fleisch.
4. Brühwurst (Wochwurst, Knoblauchwurst, Wiener, Zaverische Breslauer, Frankfurter Würstchen).

Der Preis für die erste und zweite Sorte, deren Herstellung ausschließlich besonderen Fabrikanten übertragen ist, beträgt pro Pfund 1,40 M. Die Preise der übrigen Wurstsorten bleiben bestehen.

Zugelassen ist ferner in Berlin die gewerbliche Herstellung einer fleischlosen Gratz- oder Graupenwurst, die außer Blut auch

nicht die geringsten Bestandteile von Schlachtieren und auch Kartoffeln oder Hülsen nicht enthalten darf. Diese Wurst unterliegt nicht der Fleischkarte. Der Preis darf mit Umbüllung für das Pfund 80 Pf., ohne Umbüllung für das Pfund 60 Pf. nicht übersteigen, einseitig, ob die Wurst aus inländischer oder ausländischer Ware hergestellt ist. Erlaubt ist ferner in Berlin die gewerbliche Herstellung von Rosinaden, Fisch-, Kuchel-, Gemüse- usw. Wurst, sofern diese ebenfalls keine Bestandteile von rationierten Schlachtieren enthalten, ebenso auch nicht Kartoffeln oder Hülsen. Höchstpreise für diese Wurstsorten sind erst dann in Aussicht genommen, wenn die teilweise ganz ungerechtfertigt hohen Preise weiter bestehen bleiben sollen.

Nach Berlin eingeführte Frischwurst, auch ausländische Ware, unterliegt den für Berlin festgesetzten Höchstpreisen. Bei eingeführter Frischwurst muß der Name des Herstellers und des Herstellungsortes an der Wurst bis zu ihrem vollen Verkauf erkennbar sein. Die Verkäufer sind verpflichtet, bevor sie die Ware zum Verkauf stellen, dem Magistrat, Abteilung für Lebensmittelversorgung, Straßener Str. 3/6, Hersteller, Herstellungsort, Art und Menge dieser Waren nachzuweisen. Die für Dauerwurst, welche von auswärts eingeführt wird, bereits geltenden Bestimmungen über Plombierung und Anzeigepflicht bleiben weiter bestehen.

Solche Sätze, die Fleisch-, Fett- oder Kramteile von Schlachtieren enthält, darf nur gegen Fleischkarte, in der gleichen Menge wie Frischwurst entnommen werden. Der Preis dieser Sätze darf für ein Pfund 1,20 M. nicht übersteigen. Herstellung oder Verkauf in Dosen oder in luftdicht verschlossenen Gefäßen ist verboten. Soweit Sätze Fleisch-, Fett- oder Kramteile von Schlachtieren nicht enthält, unterliegt sie nicht den Bestimmungen der Verordnung.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Der Frost der letzten Tage hat die Kartoffelzufuhr erheblich beeinträchtigt. Es kann daher auch für die kommende Woche nicht in sichere Aussicht gestellt werden, daß 3 Pfund Kartoffeln ausgegeben werden. Es besteht wieder die Möglichkeit, daß jeder, der nicht seine 3 Pfund Kartoffeln zu erhalten vermag, am Freitag, Sonnabend und Sonntag Ersatz in 600 Gramm Gebäck findet. Da jedenfalls die erforderlichen Kartoffelmengen erst allmählich im Laufe der Woche nach Berlin herantrollen werden, ist jedem Kleinbändler zur Pflicht gemacht, jedem der bei ihm eingeschriebenen Kunden zunächst erst auf einen Teil seiner Kartoffelarten Kartoffeln abzugeben, damit er möglichst allen seinen Kunden wenigstens etwas Kartoffeln geben kann.

Außerdem gelangen wieder auf Abchnitt 28 4 Pfund Rohrüben zur Verteilung.

Eine Zuckerverordnung des Magistrats bestimmt, daß auf einen Zuckerkonsumabchnitt 2 Pfund Zucker (oder in dieser Monatshälfte statt 1 Pfund Zucker) auch 2 Pfund Runkelrüben oder Speisemaiz oder 4 Pfund Sirup oder 4 Pfund Honig entnommen werden darf. Eine Voranmeldung ist nicht mehr nötig. Bei der Händler Auftragsmittel, so ist er verpflichtet, auf Verlangen die bestimmten Mengen abzugeben und den Zuckerkonsumabchnitt zu lösen und gefordert aufzugeben; hat er keine Auftragsmittel, so steht es jedermann frei, zu warten oder sogleich Zucker zu nehmen. Die Preise für Runkelrüben sind dieselben geblieben; für 4 Pfund Sirup sind sie auf 1,40 M., für 4 Pfund Rüben auf 1,60 M. festgesetzt.

Strenge Kontrolle der Reisenden.

Seit einiger Zeit ist beobachtet worden, daß zahlreiche Personen von Groß-Berlin die Landgemeinden in der engeren und weiteren Umgebung aufsuchen, um sich dort Lebensmittel auf jede Art, zum Teil unter Anzeihen außerordentlicher, die Höchstpreise weit übersteigender Preise zu beschaffen. Kamentlich an Sonntagen sind Tausende zu diesem Zweck unterwegs. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um Lebensmittel, deren Ausfuhr aus dem Kreise im Inneren der Versorgung der Allgemeinheit verboten ist, namentlich um Kartoffeln.

Die wir hören, ist von den Behörden jetzt eine strenge Kontrolle der Reisenden auf den Bahnhöfen und in den Jagen eingerichtet worden. Wer dabei ohne den Nachweis der erforderlichen Ausfuhrerlaubnis im Besitz solcher Lebensmittel, namentlich Kartoffeln, betroffen wird, hat außer seiner Verhaftung die sofortige Beschlagnahme der Lebensmittel zu gewärtigen, erforderlichenfalls kann er zur Feststellung seiner Persönlichkeit festgenommen werden.

Das 2 1/2 Pf.-Stück kommt. Die Reichsfinanzverwaltung hat sich schlüssig gemacht, die Prägung einer 2 1/2 Pf.-Münze vorzunehmen zu lassen, allerdings erst nach Ausprägung der Eisen- und Aluminium-

münzen, die gegenwärtig in Arbeit sind. Die „Berl. Vol. Nachr.“ empfehlen, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht zweckmäßig wäre, in der Zukunft gleich einen Schritt weiter zu gehen und auch ein 7 1/2 Pf.-Stück und ein 12 1/2 Pf.-Stück zu schaffen. Dadurch würde der Kleinzahlungverkehr, wie er aller Voraussicht nach später sich gestalten wird, eine sehr erhebliche Erleichterung und Vereinfachung erfahren.

Eine Verordnung über Bier verbietet für das Gebiet der Norddeutschen Brauereigenossenschaft die Herstellung von untergärigen Bier, dessen Stammwürze weniger als 6 Proz. an Extraktstoffen enthält. Die Landeszentralbehörden können Ausnahmen zulassen. Der Verkaufspreis des Herstellers im Pfässen darf 31 M., für untergäriges Einfachbier 20 M. für 100 Liter nicht übersteigen, alles einschließlich der Lieferung zur Ausschankstätte, Wahn oder Schiff, aber nicht im eigenen Ausschank des Herstellers. Auf ältere Verträge wird der Höchstpreis angewandt. Die Landeszentralbehörden können auch niedrige Preise festsetzen. Im Kleinverkauf müssen die Verkaufspreise deutlich angehängt werden. Die Landeszentralbehörden können auch Bestimmungen über den Stammwürzegehalt und die Preise für obergäriges Bier treffen. Die Verordnung tritt am 28. Februar in Kraft.

Aufhebung der Vorauszahlung bei der Berliner Massenlieferung. Die bei der hiesigen Volkspreisung beschuldigt eingeführte tägliche Vorauszahlung hat sich nicht bewährt. Vom nächsten Dienstag an sind deshalb wieder die Speisen erst am Tage der Entnahme zu bezahlen. Ebenso tritt die vordem bestandene Vorauszahlung für den Sonntag am Freitag jeder Woche wieder in Kraft, erstmalig also am 2. März.

Nicht auf dem laufenden. In verschiedenen Zeitungsartikeln, die die voraussichtliche Wirkung der vom Kriegsernährungsamt gestellten Stellungnahme der Kartoprofessoren besprechen, wird gelagt, daß dann der Preis des 1000-Gramm-Brottes von 60 auf 72 Pf. steigen würde. Dieses Brot kostet aber bereits seit Montag 80 Pf. Das könnte die Ernährungs-Schriftsteller auch wissen. Sie sollten mal herumhören, wie man über ihre Schreibereien redet!

Für Arbeitsuchende im wasserländischen Hilfsdienst hat das Kriegsernährungsamt in den Kreislinien für die Arbeitsvermittlung die Voraussetzung getroffen, daß jeder Arbeitsuchende sich an den Arbeitsnachweis wendet, der ihm am passendsten erscheint. Wer keine Beziehung oder Neigung zu einem bestimmten Arbeitsnachweis hat, reicht seine Meldung bei einer Hilfsdienststelle ein. Diese Meldungen sind schriftlich einzureichen. Wer sich um militärische Stellen bewirbt, reicht seine Meldung grundsätzlich bei der Hilfsdienststelle ein. Bei jeder Hilfsdienststelle wird, besonders für die Personen, die einen neuen Beruf aufnehmen wollen, eine Berufsberatung angegliedert. Für die Orte mit nur einem Arbeitsnachweis, bei denen die Schaffung einer Berufsberatung auf Schwierigkeiten stößt, wird sie bei der nächstliegenden Berufsberatungsstelle zu erfolgen haben. Die Berufsberatung wird in den meisten Fällen nur mündlich erledigt werden können. Die Organisation soll baldmöglichst durchgeführt werden.

„Althändler“. Der Kleinhandel mit getragenen Kleidungs- und Wäscheartikeln, sowie mit getragenen Schuhwaren ist nur noch bis 28. Februar gestattet. Die Althändler werden aufgefordert, bis zum 10. März mitzuteilen, ob sie die Übernahme ihrer Bestände durch die behördlich zum Handel zugelassenen Stellen wünschen. Die Anträge sind unter Beifügung von Verzeichnissen bis 10. März bei der Geschäftsstelle des Bezirksamtsbezirks Groß-Berlin für Warenverwertung, Berlin, Rottenmarkt 4, einzureichen.

Vedentzänkungen und Schussimpfung. Man schreibt uns: Seit einigen Wochen sind in verschiedenen Teilen Deutschlands Fälle von Pocken ausgebrochen, hauptsächlich unter Wanderarbeitern und in Herbergen. Solche Fälle sind in der letzten Woche auch in Berlin vorgekommen, im ganzen jedoch nur 43, davon 36 im Ostbezirk. Es liegt daher keinerlei Veranlassung zu irgend welcher Beunruhigung, daß eine Pockenepidemie entstehen könnte, vor. Die Erkrankungen betreffen hauptsächlich Personen über 60 Jahre, bei denen die Impfung sehr weit zurückliegt. Für solche Personen, die sich durch eine erneute Schutzimpfung vor einer Erkrankung sichern wollen, sind in den öffentlichen städtischen Krankenhäusern Impftermine eingerichtet worden. Eine Notwendigkeit, sich impfen zu lassen, liegt nicht vor, doch kann denjenigen, die zur größeren Sicherheit sich impfen lassen wollen, das wohl empfohlen werden.

Warm anziehen auf Reisen! Einmal wird diese Mahnung von der Eisenbahnverwaltung bekanntgegeben. Obwohl die Wäste etwas nachgelassen habe, sei es doch unmöglich, die Wäste so zu tragen, daß ein angenehmer Wärmezustand erzielt wird. Im Interesse der

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Gehrhard Japolski.

einzubringen. Rajschka stemmte die Hände in die Seiten und seufzte schwer. „Barlamow“, begann sie wieder, „soll von dem Bäcker in der Olintanastraße 50 Rubel bekommen haben für die Erlaubnis, den Backofen umzusetzen. Das ist ein vernünftiger Mann. Der Bäcker hatte zwar längst eine Erlaubnis vom Magistrat, aber er blieb trotzig und wollte es nicht erlauben... bis sie ihm das Geld gaben.“

Semipudow antwortete nicht und fuhr fort, den Samowar mit dem Blasebalg zu bearbeiten.

Wöglich stieß Tagejew die Küchentür auf und erschien mit strengem Gesicht, nur mit einer Zoppe und Unterhosen bekleidet:

„Du Schweinewul!“ begann er.

Als er aber Semipudow bemerkte, kamen ihm andere Gedanken in den Sinn.

„Semipudow! Markowski soll herkommen!“

„Zu Befehl, Euer Hochwohlgeboren“, entgegnete Semipudow mit militärischer Haltung, den einen Fuß mit Lappen umwickelt und den Stiefel auf dem Rücken verstopfend.

Kurz darauf erschien Markowski.

Er kam mit dem Gefühl der Schadenfreude, denn er war über den nächtlichen Skandal im Hotel bereits unterrichtet. Er freute sich jedesmal, wenn sein Vorgesetzter einen Mißerfolg auf irgendeinem Gebiete erfuhr.

Mit einem heuchlerischen Lächeln trat er in das Speisezimmer, wo jetzt auf dem Tisch der Samowar brodelte.

„Schau so süß auf den Beinen!“ begrüßte Markowski Tagejew. „Da sieht man, was ein junger, lebenslustiger Russe aushält. Nichts begnügt ihn, weder die Liebe noch eine schlaflose Nacht.“

Tagejew runzelte die Stirn.

„Liebesachen sind Unsinn!“ tief er, „es handelt sich um wichtigere Dinge. Man muß sofort den jungen Mann aus Krakau holen lassen, ihm in der Kanzlei Angst einflößen und ihn fortzuschaffen, wie es gestern verabredet war. Hören Sie?“

„Jawohl! Wer was hat er denn wieder verbrochen?“

Markowski schnurrte zitterte vor verhaltenem Lachen. Er wußte genau, welche Rolle Kliski in der Szene mit Rosa Montag gespielt hatte.

Lagejew wurde einen Augenblick verlegen.

„Ganz gleich, was er gemacht hat“, erwiderte er schließlich.

„Ich werde ihn keinen Augenblick länger in der Stadt. Semipudow soll ihn holen und sofort herbringen.“

„Und wer soll ihn an die Grenze schaffen?“

„Sie!“

„Ich?“

„Natürlich!“

„Markowski kam das ungelegen, er fühlte, daß eine Ungerechtigkeit geschah, an der er sich nicht beteiligen wollte.“

„Erlauben Sie!“ sagte er, „und wenn er sein Ehrenwort gibt, daß er abreist?“

„Dann muß man ihn nachreisen, aber so, daß er nichts merkt. Sollte er an der Grenze umkehren wollen, dann taucht man auf und schafft ihn nach Krakau.“

„Wenn er sich aber an die Gendarmerie wendet?“

„Nieder Gott, es ist Ihre Sache, ihn daran zu verhindern. Man muß ihm Angst machen, ihm einreden, es gehe in seinem Interesse, man wolle ihn davor retten, mit der Gendarmerie in Berührung zu kommen. Muß man Ihnen das erst beibringen? Wissen Sie denn nicht, wie so etwas gemacht wird und wie wir der Gendarmerie ausweichen müssen?“

Einige Minuten darauf ging Semipudow mit dem Dienstauftrag fort, Kliski nach der Kanzlei zu bringen und im Falle des Widerstands sogar Gewalt zu gebrauchen.

„Noch eins!“ begann Lagejew. „Sie sagten gestern, man habe bei Horst darüber beraten, die Bürger der Stadt zusammenzurufen, um ein Gesuch an die Kreisverwaltung einzureichen. Woher wissen Sie das?“

Markowski zögerte. Er fürchtete, Tagejew sein Verhältnis mit Julia zu verraten. Er dachte daran, daß das Mädchen dem Polizeimeister seinen Wachtmeister vorziehen könnte. Nicht einen Augenblick zweifelte er, daß Tagejew Julia mit seiner Liebe beschenken würde und über Julia machte er sich nicht die geringsten Illusionen.

Lagejew kniff die Augen zusammen und blickte Markowski ironisch an.

„Sie schweigen“, sagte er schließlich. „Aber, dann will

ich es Ihnen sagen. Sie haben eine Geliebte — das Dienstmädchen bei Horst! Stimmt's?“

Markowski beherrschte seine Wut und lächelte gutmütig.

„Wie allwissend Sie doch sind, Iwan Iwanowitsch!“

„Ja, so bin ich einmal!“

Sie lachten beide und zeigten ihre großen Zähne. Zwischen ihnen dampfte der Samowar, der ihre sich ineinanderbohrenden Blicke zuweilen verbar.

„Da Sie es schon wissen“, versetzte Markowski schließlich, „so brauche ich Ihnen nichts mehr zu sagen.“

„Ich werde Sie auch nicht um Erlaubnis fragen und mich noch heute mit Julia verloben. Sie scheint ein schlaueres Frauengemüt zu sein.“

Markowski schüttelte eine Grimasse.

„Sie soll nächstens wieder nach Warschau zurückgehen!“

Lagejew schlug mit der Faust auf den Tisch.

„Sie wird gehen, wenn ich will! Ich habe Mittel, sie zu halten. Sie wird mir Dienste leisten und direkt berichten, was bei Horst vorgeht. Mittelspersonen taugen nichts. Sie wollen für mich eine solche Mittelsperson sein, aber das ist Ihnen vorbeigelungen. Ich bin dahintergekommen, wenn Sie bei Horst's untergebracht haben.“

Markowski bohrte die Nägel der Wut ins Fleisch. Aber er fühlte, daß nichts helfen würde. Er beherrschte sich mit aller Kraft, erhob sich, grüßte und fragte:

„Was das alles, was Sie mir zu sagen haben, Iwan Iwanowitsch?“

„Ja! Und jener Kliski wird fortgeschafft, aus der Stadt und über die Grenze.“

„Jawohl!“

Im Vorzimmer begegnete Markowski zu seinem größten Erstaunen Julia mit einem Korbchen in der Hand, den Kopf mit einem Tuch verhüllt.

„Was willst Du hier?“ fuhr Markowski sie zischend an. „Der Polizeimeister ließ mich rufen“, erwiderte das Mädchen kühlend.

Sie freute sich anscheinend, daß sie sich mit Lagejew's Hilfe vielleicht aus Markowski's Gewalt befreien würde.

„Geh nach Hause!“

„Ich werde gehen, wenn es mir gefällt! Sie haben mir nichts zu sagen“, erwiderte sie mit frechem Ausdruck in den Augen.

eigenen Gesundheit sei es daher ratsam, bei längeren Reisen sich warm anzuziehen und sich auch mit Decken zu versehen.

Im Herrnsfeld-Theater hat der neue Schwank mit Gesang „Der Stolz der Familie“ durchschlagenden Erfolg. Heute nachmittags 7 1/2 Uhr wird „Die Ehre“ aufgeführt.

Polak-Theater am Jos. Heute ist der letzte Sonntag des erfolgreichen Februarprogramms. Der Telephonchor: „Hallo, wer dort?“ wird nur noch bis Ende Februar gegeben, ebenso die „Berliner Typen“ von Robert Seidel und Anna Müller-Linde. Heute zwei Vorstellungen; nachmittags 3 1/2 Uhr hat jeder Erwachsene ein Kind frei.

Admiralsballet. Heute 375. Aufführung des jugendlichen Götterpaars „Frau Pantoffel“. Das prächtige Ballet wird nur noch an wenigen Tagen gegeben.

Der Tod des Sanderlings. In dem Hause Sebastianstr. 76 hauste seit längerer Zeit ein jetzt 77 Jahre alter Kaufmann Simon Sachs, der in der ganzen Gegend als Sanderling bekannt war. Der Greis bewohnte drei Stuben und Küche. Niemand durfte seine Räume betreten, auch kein Verwandter. Tag für Tag sah man, wie er auf der Straße alles mögliche wertlose Zeug aufsaß, besonders Papier und Bindfaden. In den letzten Tagen fiel es auf, daß er seine Zeitungen nicht mehr herein nahm. Als man jetzt seine Wohnung öffnete, fand man ihn tot unter dem Bett liegen, wohin er sich, statt in das Bett, gelegt hatte. In der Wohnung sah es ganz wüst aus. Bett, Särcle, Kleiderkasten, Kochgeschirr, die Kleiderkasten des Verstorbenen, kurz alles war mit Papier gehüllt; Zeitungsblätter, Lese- und in Bündel und Abfallpapier von der Straße, das Sachs in Bündeln zusammengeknüpft hatte, bedeckte den Fußboden. In allen Räumen herrschte die größte Unsauberkeit. In der Leiche wurden keinerlei Spuren eines gewaltigen Todes gefunden.

Schwere Brandunfälle. In dem Hause Köllendorfsstraße 8 in Lichtenberg hatte sich die 33jährige geisteschwache Sophie Frede an den nicht geschlossenen Ofen gestellt, um sich zu erwärmen. Dabei fing ihre Kleider Feuer. Vor Schreck erlitt sie einen Krampfanfall, so daß sie hilflos den Flammen preisgegeben war. Als das Unglück bemerkt wurde, hatte die Bedienstete bereits am ganzen Körper so schwere Brandwunden erlitten, daß sie bald starb. Ein zweites Brandunglück trat sich ebenfalls in Lichtenberg in dem Rheinischen Kohlenhüttenwerk an der Rittergutstraße zu. Die 23jährige Tochter des Werkmeisters Eduard und die 34 Jahre alte Frau Seifert aus der Barstower Straße 20 in Berlin waren dort in einem von heißen Röhren durchzogenen und mit heißen Platten belegten Raum mit Reinigungsarbeiten beschäftigt. Minna Eduard war in einem höher gelegenen Teile des Raumes tätig. Pöhlisch vernahm ihre Kollegin Hilferufe, und als sie hinzueilte, sah sie das ungeheure Hilflos über dem eisernen, heißen Röhren liegen. Als Frau S. zu Hilfe eilte, wurde auch sie ohnmächtig und sank zu Boden. Mithilferufe kam bald der Werkmeister Eduard hinzu, der die beiden Verunglückten aus ihrer entsetzlichen Lage befreite. Allen Anschein nach sind die beiden Arbeiterinnen von Gasen betäubt worden. Beide erlitten außerdem erhebliche Brandwunden, so daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten.

Auf der Straße vom Tode überrascht wurde der 53 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Dreidel aus der Großdickensstraße 28. Als er mit seinem Schwager die Köllendorfsstraße entlang ging, klagte er plötzlich über Brustschmerzen, brach bald darauf zusammen und starb auf der Stelle.

Vor dem Hause Gröbnerstraße 28 fiel eine unbekannt Frau von etwa 50 Jahren plötzlich um. Man brachte sie in den Hausflur, wo sie bald starb. Die Leiche wurde nach der Halle in Nummernstraße gebracht. Die Frau ist mittelgroß, dunkelblond und einen Marengo-Umhang, einen schwarzen Rock mit Samitbesatz, eine schwarze wollene Bluse mit buntem Besatz, schwarze Schürze und trug Schmuckstücke. Sie hatte Brotkrumen und eine Einholertasche mit Holz bei sich.

Auf frischer Tat ergriffen wurde nachts ein Treibriemen Dieb. Der Wächter des Grundstücks Eisenbahnstr. 5 hörte verdächtiges Geräusch in den Räumen einer Fabrik, ging ihm nach und sah noch, wie ein Mann durch ein Hinterfenster aufschlüpfte. Der Wächter holte rasch Polizeibeamte und suchte mit ihnen das Grundstück ab. Man fand in einem Kellerraum des Vorderhauses versteckt einen Arbeiter Max S. mit einem Palet schon zerhackter Treibriemen. Ein zweiter Mann, den der Wächter gesehen hatte, war nicht mehr zu finden.

Größter in Treptow. Größter lief am Sonnabendabend in Treptow eine gewisse Aufregung hervor. Dort kam in der sechsten Stunde in dem Eckhause am Treptower Park 8 und der Korpenteichstraße aus noch nicht ermittelter Ursache Feuer aus, das von heftigstem Winde getrieben, schnell an Ausdehnung zunahm. Als die Treptower Ortsfeuerwehr an der Brandstelle erschien, war die Lage für die angrenzenden Gebäude schon recht bedrohlich. Es gelang jedoch nach mehrstündiger Tätigkeit, den Brand einzudämmen. Von dem Eckhaus ist der Dachstuhl mit dem oberen Geschoss eingestürzt.

## Aus den Gemeinden.

### Vorläufig keine Neumeldungen für die Charlottenburger Massenpeisung.

Da der langandauernde Frost die Fertigstellung der neuen großen Zentralküche in Charlottenburg erheblich verzögert hat, kann die Zulassung neuer Teilnehmer zur allgemeinen Speisung erst in 14 Tagen in der Reihenfolge der Meldungen stattfinden. Die bisherigen, etwa 15000 beitragenden Teilnehmer erhalten nach wie vor auf Grund ihrer Meldungen ihre Mahlzeiten. Wer statt am Montag die Mahlzeiten erst des Nachmittags abholen will, kann dies in der Ausgabezeit des Goethestr. 25 melden. Bei einer ausreichenden Anzahl von Meldungen wird eine besondere Nachmittagsausgabe eingerichtet werden.

Lebensmittelanfragen aus Charlottenburg. Der Magistrat wird in nächster Zeit an die Bevölkerung gegen Abgabe der Bezugsmarken D. feines Speiseöl (Kaisermehl) und soweit dieses nicht in ausreichender Menge vorhanden ist, Bouillon-Extrakt herausgeben und zwar an Haushaltungen bis zu 3 Personen (keine Bezugsmarken) 100 Gramm Del oder 125 Gramm Bouillon-Extrakt, an Haushaltungen von mehr als 3 Personen (große Bezugsmarken) 150 Gramm Del oder 200 Gramm Bouillon-Extrakt. Die Preise sind folgende: für 100 Gramm Del 2,75 M., für 150 Gramm Del 4,10 M., für 125 Gramm Bouillon-Extrakt 2 M., für 250 Gramm Bouillon-Extrakt 4 M. Gesätze sind mitzubringen. Der Abgabe hat eine Voranmeldung der Lescher vorauszugehen, die am Montag, Dienstag und Mittwoch nächster Woche in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften zu bewirken ist. Nachträgliche Annahme findet nicht statt.

Am Montag ab wird auf Abschnitt 39 ein halbes Pfund Sauerkraut abgegeben.

Günstige Aufhebung der Charlottenburger Schulferien. Die Kohlenferien erleiden dadurch eine kleine Einschränkung, daß die Schüler und Schülerinnen aller höheren Schulen und der Volksschulen verpflichtet sind, am Montag, den 26. Februar, morgens 8 Uhr in der Schule zu erscheinen, um Aufgaben zu Schularbeiten und sonstige Weisungen über nutzbringende Verwendung der Ferienzeit entgegenzunehmen.

Die Wilmersdorfer Schulen werden nach einem neuen Beschluß über den 1. März hinaus geschlossen bleiben. Der Zweck dieser Maßnahme ist in der Absicht zu suchen, für die Kohlenversorgung der Haushaltungen Vorräte zu erparieren und ihnen eventuell zugänglich zu machen. Der Termin der Wiedereröffnung der Schulen

wird rechtzeitig durch die Anschlagtafeln und die Tageszeitungen bekanntgegeben.

Die neuen Eierkarten für Wilmersdorfer Kranke Frauen von Montag, den 26. Februar an in der Abteilung für Krankenversorgung, Wilhelmstraße 114/115, entgegengenommen werden.

Lebensmittelanfrage in Bries. Da auch hier die Beobachtung gemacht worden ist, daß die Wäcker eine Abgabe von Weißbrot in geringen Mengen verweigern, wird nochmals darauf hingewiesen, daß nach der neuen Verordnung über die Abgabe von Brot und Mehl auch der Verkauf von 50 Gramm und einem Kleinfachen davon gefordert werden kann. Es ist den Wäckern empfohlen worden, das Weißbrot mit Einkerbungen zu versehen, um eine leichtere Teilung beim Verkauf zu erzielen.

Kranke und gebrechliche Personen kann auf Grund ärztlicher Atteste oder sonst auf begründeten Antrag kondensierte Milch überlassen werden. Schriftliche oder mündliche Anträge sind in der Lebensmittelleihe der Gemeinde anzubringen. — Es steht nur noch eine ganz geringe Menge Mehl für Kaninchen zur Verfügung. Anmeldungen zum Bezug sind unter Angabe der Zahl der Kaninchen bis spätestens 1. März an die Lebens- und Futtermittelleihe zu richten.

Lebensmittelanfragen aus Bohnsdorf. Zur besseren Regelung der Lebensmittelanfrage muß sich jeder Einwohner bis zum Dienstag, den 27. Februar bei dem Kaufmann, von welchem er ständig die von der Gemeinde zu verteilenden Lebensmittel beziehen will, in eine Kundenliste eintragen lassen. Die Eintragung erfolgt nach Namen und Zahl der Familienmitglieder. Bei der Anmeldung sind die Lebensmittelanfragen vorzulegen, welche der Kaufmann auf der Rückseite mit seinem Namen zu versehen hat. Es soll nach Möglichkeit darauf geachtet werden, die Lebensmittel dort zu entnehmen, wo Zucker und Butter gekauft wird.

## Groß-Berliner Parteianfragen.

Sozialdemokratischer Verein Berlin IV, Görliger Viertel. Mittwoch, 28. Februar, abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Mitglieder des Görliger Viertels im Lokal des Genossen Hermann Daus, Lausitzer Str. 16. Alle auf dem Standpunkt der Gesamtpartei stehenden Parteigenossen sind freundlichst eingeladen. Mitgliedsbücher bedürftig Umtausch mitzubringen.

Sozialdemokratischer Wahlverein Berlin IV, Peterburger Viertel. Die Genossen, die ihre Rechte und Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aufrechterhalten wollen (die bisherigen Berliner Wahlvereine gehören zur „Arbeitsgemeinschaft“) und stehen außerhalb der Partei, werden zu einer Zusammenkunft am Mittwoch, 28. Februar, abends 8 Uhr, in das Lokal von Karl Kühne, Schreinerstr. 58, eingeladen. Mitgliedsbücher bitte mitbringen. J. A.: Karl Schröder, Rigaer Str. 100.

Paulwig. Heute Sonntag, abends 7 Uhr, bei Dorn, Kaiser-Wilhelm, Gde-Siedlitzstr.: Mitgliederversammlung. Genosse Groger spricht über: Die Schicksalsstunde der Partei. Zahlreichen Besuch, besonders auch der „Vorwärts“-Leser erwartet. Der Vorstand.

## Soziales.

### Die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes.

Die Vertreter von Handel, Industrie und Schifffahrt haben der Reichsregierung Vorschläge für die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes unterbreitet, das der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen dienen soll. Gegen eine solche Institution lassen sich grundsätzliche Bedenken nicht geltend machen. Das Arbeitsamt des Innern selbst schon längst an Ueberhöhung und Unübersichtlichkeit der Geschäfte. Aber noch viel dringender ist die Forderung auf Abtrennung der gesamten mit der Arbeit zusammenhängenden Fragen. Die Sozialdemokratie hat diese Forderung schon in ihrem bekanntem Arbeitsschutzgesetz vom Jahre 1885 erhoben: Arbeiterkammern mit einem Reichsarbeitsamt an der Spitze.

Die Kommission für Arbeiterstatistik und auch ihr Nachfolger, der „Verein für Arbeiterstatistik“ waren und sind Behörden, die nur gutachtlich gehört werden. Antropologen zu geben haben. Was wir aber brauchen, ist ein selbständiges Arbeitsamt mit einem Vorkomitee aus Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie auch die Gewerkschaften es wiederholt auf ihren Kongressen gefordert haben. Die Aufgaben auf diesem Gebiete wachsen mit jedem Jahre an Bedeutung und Umfang. Dem Amt hätte zu unterstehen die Arbeiterbeschäftigung, die Fabrikinspektion, die Gewerbebehörde, das Arbeiterwohnungsweien. Das weite Gebiet der Arbeiterversicherung ist noch vergrößert worden durch die Angestelltenversicherung. Der Krieg hat neue Probleme aufgeworfen, die Fürsorge für die Kriegesbeschädigten. Die Arbeitsvermittlung, die Tarifverträge und vieles andere mehr würden dem Arbeitsamt zu unterstellen sein.

Das Arbeitsministerium an der Spitze muß seine Ergänzung finden in Arbeiterkammern, deren Tätigkeit nach Orten oder Industriebezirken abzugrenzen ist.

Neuorientierung auch auf diesem Gebiete ist eine Forderung der Zeit.

### Die Apotheker gegen das „Fäulein-Produkt“.

Es mutet etwas seltsam an, daß in der jetzigen Zeit, da die Frau sich in allen Zweigen des öffentlichen Lebens mit autem Erfolg betätigt und selbst in die geheiligten Räume der Justiz unbeaufsichtigt ihren Eingang gehalten hat, die deutschen Apotheker seine wichtigere Aufgabe fanden, als gegen den sich im Apothekergeschäft einziehenden Fäuleinprodukt Steuern aufzusetzen. In einer Eingabe an den Preussischen Minister des Innern richteten sie an diesen das Ersuchen, die von einzelnen Apothekern eingerichteten Kurie zur Ausbildung von Helferrinnen in größerem Maßstabe zu unterlegen und die Verwendung des bereits angegebildeten Personals durch den Kreisarzt zu überwachen zu lassen. Zur Begründung seines Vorgehrens führt der Apothekerverband an, daß er mit Bewahren sehe, daß die Helferrinnen bereits als unentbehrliche Personal II. Klasse begrüßt würden, welches ohne Mitwirkung von Regierung und Landesvertretung gleichsam von selbst seinen Eingang in die Apotheken hält. Dies Eindringen erweckt bei den Apothekern Besorgnis nicht nur aus Gründen der Betriebssicherheit, sondern auch wegen der Monopolstellung der Apotheker und ihres Ansehens.

Der Minister des Innern hat die Besorgnis der sich in ihrem Monopol bedroht fühlenden Apotheker nicht zu teilen vermocht und erteilt den Herren Petenten einen abschlägigen Bescheid. Der Minister bringt in der abschlägigen Antwort zum Ausdruck, daß nach den bisherigen Erfahrungen ein Mißbrauch in der Beschäftigung von nicht pharmazeutisch ausgebildetem Personal im allgemeinen bisher nicht zulage getreten ist. Auch gegen die Einrichtung von Helferrinnenkurien sei nichts einzutenden. — Das „Fäulein-Produkt“ wird also unbehindert um die schweren Bedenken der handwerksbewußten Apotheker weiter ihres Amtes walten.

## Gerichtszeitung.

Vertrag eines Hausbesizers. Als eine besonders verwerfliche Schädigung des Gemeinwehens bezeichnete der Vorsitzende eines Schöffengerichts die Handlungsweise des Hausbesizers und Rentiers Albert Rutebandel, der sich wegen Vertrages zu verurteilen hatte. In dem Hause des Angeklagten hatte eine Arbeiterfrau bei dem Bezirksarbeiter die Gewährung von Mietzuschuß beantragt. Verhandlungen vor dem Mietvermittlungsamt führten zu dem Ergebnis, daß der Ange-

klagte den Krieger unterwarf, wozu er in eine kleine Ermäßigung des Mietpreises willigte. Entgegen dieser Vereinbarung hat er dann von der Arbeiterfrau monatlang die volle Riete verlangt und auch erhalten, da die Frau durch die Erhöhung des Angeklagten, daß sie sonst aufgeben müßte, gezwungen wurde. Die Sache kam schließlich zur Anklage. Der Angeklagte verweigerte sein Verhalten durch unwahrscheinliche Angaben zu rechtfertigen, die vom Staatsanwalt energisch zurückgewiesen wurden. Es läge hier ein sehr schwerer Fall des Betruges vor, der auf schände Gemeinwohl zurückzuführen sei. Das Schöffengericht war derselben Meinung und verurteilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts zu 500 M. Geldstrafe event. 100 Tage Gefängnis.

Verurteilter Milch, die 25 bis 30 Prozent Wasser enthielt, hatte der Milchhändler Hermann Treßin aus Charlottenburg um Verkauf gebracht und dafür eine Anklage wegen Nahrungsmitteleberrückung erhalten. Das Schöffengericht hatte ihn zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt; er beantragte 1 Monat Gefängnis und 500 M. Geldstrafe. Die Strafkammer des Landgerichts beschloß die Veröffentlichung des Urteils, es aber sonst bei den 300 M. zu belassen.

Drei Feldpostmänner. Als Hülfscräfte wurden der 16jährige Albert Webers, der 18jährige Erich Herrm und der 17jährige Max Frede durch Handschlag an Eidesstatt bei dem Postamt Wilhelmshagen verpflichtet und mit Beamtenfunktionen betraut. Als sie ihre Tätigkeit begonnen hatten, begann auch bald das Verschwinden von Feldpostsendungen, das schließlich einen ganz erheblichen Umfang annahm. Die Angeklagten gingen so weit, daß sie untereinander die gestohlenen Pakete austauschten, um mehr Abwechslung beim Verbrauch zu haben. Sämtliche Angeklagte wurden von dem Schöffengericht Potsdam unter Berücksichtigung ihrer Jugend und Unbescholtenheit zu je 4 Monaten Gefängnis wegen Amtsunterschlagung in Tateinheit mit Briefunterdrückung und H. wegen Beihilfe hierzu verurteilt. Gegen Herrn wurde auf Aberkennung der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter für die Dauer von 2 Jahren erkannt.

## Aus aller Welt.

### Japanischer Dampfer untergegangen.

Yokohama, 24. Februar. „Progress du Japon“ meldet aus Marseille: Der japanische Dampfer „Hankoku Maru“ sei am 21. Dezember bei Tschifu untergegangen; es sei wenig Hoffnung, daß von seinen 350 Fahrgästen, darunter zwei Amerikaner, jemand gerettet worden sei.

### Portugiesisches Kanonenboot zerstört.

Lissabon, 24. Februar. Aus Lourenco Marques (Moçambique) meldet Novas: Eine Kesselexplosion zerstörte das portugiesische Kanonenboot Teja. Vier Personen wurden getötet, eine verwundet und sieben getötet.

### Schulleute als Einbrecher.

In Jambouer mehrten sich in letzter Zeit verwegene Einbrüche in erheblichem Maße, und zwar sehr oft an ganz belebten Stellen. So wurden kürzlich hintereinander bei zwei Goldwaren- und Uhrenhändlern die Schaufenster eingeschlagen und die ausgesetzten Waren geraubt. Endlich wurden die verwegenen Diebstahle aufklärt. Bei dem Einbruch in das Uhrengeschäft Vintus wurde ein — Schulleute erwischt, der mit seinen Diebstahlsgehilfen das Ausdräumen besorgte, während ein anderer Schulleute Schmiere stand. Es sind die Schulleute Gremmel und Kämpf. Letzterer war bei 27 Einbrüchen beteiligt.

Sie können sich nicht! Die böhmische Statthalterei hat an die Gastwirtgenossenschaft in Prag folgenden bezweifelnden Erlass gerichtet: Wiederholt wurde die Wahrnehmung gemacht, daß sich wohlhabende Klassen der Bevölkerung in ostentativen Kategorien in den Fenstern der großen Gastwirtschaften gefielen. Da dies mit dem Ernst der Zeit nicht vereinbar und überdies geeignet ist, bei den vorbeistehenden weihen Wohlhabenden und oft notleidenden Personen Erbitterung herbeizuführen, wird die Genossenschaft ersucht, die Inhaber von Gastwirtschaften auf das Unzulässige eines solchen Auftretens einzeln Gäste in jeglicher Zeit aufmerksam zu machen und den Gastwirten zu empfehlen, im Hinblick auf die Lage der gegen die Gastwirten zu empfindlichen Gesträume geeignete Maßnahmen zu treffen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die literarische Sprechstunde findet für Abonnenten Linkenstr. 3, 1. Hof links, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Aufschlag und eine Post als Wertgegenstand beizufügen. Persönliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen tragen man in der Erreichbarkeit vor. Beiträge, Schriftstücke und verglichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Genossen W. W. Wir sind zurzeit nicht in der Lage, die eingehenden Mitteilungen zu veröffentlichen. — Heide 20. Anfrager sind dabei wohl zu bedenken zu verwenden. — E. W. 75. Zeit durchweg Garde. Veröffentlichung ist darüber nicht erfolgt. — G. W. 61. Bedenken Sie sich an den Kreis-Verein und Landesverband, Berlin W 8, Rohmannstr. 10. — G. W. 2005. Man bedenke, wenn Sie mich tun, wenn Sie sich in dieser Angelegenheit zunächst an den Zentralverband der Handlungsgeschäften und Geschäften, Wilmstr. 20, II, wenden würden. — W. R. 45. Zunächst möchten Sie verhandeln, mit Ihrem Arbeitgeber eine gültige Verständigung herbeizuführen. Ueber die zu erwartenden Chancen läßt sich nichts Sicheres sagen, weil dies vom persönlichen Talent und auch von nicht vorher zu überlebenden Umständen abhängt. — Donat 36. 1. Bedenken Sie erlauben können bei Heide, Wilmstr. 10, 2. „Kreier Sprechstunde“, Redaktion Linkenstr. 3, Hermannstr. 17a. — St. 51. Das Werk — C. R. 813. Sie hatten logenante schwarze Kapelle für das beste Mittel für diesen Fall. Wilmstr. fragte Sie mal den Dröthen. — R. O. 7. Die Berliner Tischlerzunft (Hauptabteilung Straßenbaustr. 6 mit Nebenabteilungen in anderen Stadtteilen) gibt Ausbildung 3. B. in Kunstschneiderei, Holzschleiferei, Einmessen und Projektionszeichnen, Tischlerei, Modellieren, Holzbohrerei, Untereisen von Bau- und Möbelwerkstätten, Raumkunst, Innen- und Außenbau. Auch die Berliner Handwerkerzunft (Lindenstr. 97/98 und Andreasstr. 12) haben für fortgeschrittene Schüler Unterrichtsstunden im Raumkunst.

N. 23. 1885. 1. Ja. 2. Ja. — G. W. 46. Wenn Sie arbeiten, heißt Ihnen keine Unterabteilung zu. Falls Sie mehr bezogen haben, als vom nächsten Zahlungstermin noch einmahl für 14 Tage, kann die Unterabteilung zurückverlangt werden. — J. R. 20. 1. Ja. 2. Die gegen den Nachlass geltend gemachten Ansprüche erlöschen und nicht berechtigt. Sie möchten geltend machen, wenn das Objekt über 500 M. beträgt, ist das Landgericht dafür zuständig und würden Sie zur Vertretung einen Rechtsanwältler brauchen. — H. 18. Können Sie in unsere Sprechstunde. — Anna 24. 1. u. 2. Wenn das Leben nachweisbar auf Dienstbeschäftigung zurückzuführen ist, so können Sie Antrag auf Rente beim Bezugsstellenbeholden. 3. Grundfragen Sie sich bei der Kommission. — J. O. 6. Das Kind wird Ihnen zugesprochen. — W. R. 34. Ja. — P. 15. Das Erwerbsunfähigkeit von einem Krankheitsanfall an und wenn das Jahres-einkommen sich dadurch um ein Fünftel verringert hat, kann Antrag auf Steuererlass gestellt werden. Zurzeit können Sie ja um Stundung der Steuer eintreten.

Hebräer-Zamarrterbund. Kolonne Groß-Berlin. 20. Hebräer-Vereinigung Mittwoch, 28. Febr., abends 8 1/2 Uhr, Rigaer-Str. 62. I. D.: Der neue Lehrplan. Die Teilnehmer, die sich an der Schulung beteiligen wollen, werden gebeten, Namen und Wohnung beim Vorsitzenden schriftlich anzugeben.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittags. Zeitweise etwas auflockernd, jedoch vorwiegend trübe und neblig mit weiteren im allgemeinen geringen Niederschlägen; Temperaturen wenig verändert.

Abgeordnetenhaus.

68. Sitzung, Sonnabend, den 24. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerisch: Lenke.

Die zweite Lesung des Staatshaushalts wird beim Finanzministerium fortgesetzt, und zwar zunächst bei den

Beamtenfragen.

Dazu liegen folgende Anträge vor:

Die Nationalliberalen verlangen Uebnahme der den Volksschullehrern gewährten und zu gewährenden Kriegszulagen...

Ein Zentrumsantrag will diese Verbesserungen auch auf die Volksschullehrer ausdehnen.

Abg. Dr. Gottschall-Solingen (nall.): Eine Neuordnung der Befoldungsordnung war für 1918 in Aussicht genommen...

Abg. Dr. Heß (Z.): Die Beamtenbefoldungsfrage ist ein integrierender Bestandteil der Bevölkerungsfrage...

eine Kriegentschädigung

erhalten werden. (Sehr richtig! rechts, im Zentrum und h. d. Nationalliberalen.)

Abg. Otto-Charlottenburg (Sp.): Die Lehrer müssen ebenso behandelt werden wie die Beamten...

die Teuerung ständig zunimmt.

wird erneut zu prüfen sein, ob neue Erhöhungen oder eine nochmalige Erweiterung des Kreises der Bezugsberechtigten...

Abg. v. Kardorff (H.) bedauert, durch den Schlusssatz verhindert zu sein, einige Ausführungen des Abg. Dr. Heß zurückzuweisen.

Abg. Dr. Hoffmann (Soz. Arb.): Wenn Herr v. Kardorff, dessen eigene Freunde den Schlusssatz gestellt haben...

eine Komodie,

mit der sie den Dämmern nicht dümm machen können. (Sehr wahr! h. d. Soz. Arb.)

anhersehende zu zeigen, wie das, was hier geschieht, für die Beamten nicht als Worte und wieder Worte...

Präsident Graf Schwerin-Ludwig: Ich stelle fest, daß ich dem Abg. Dr. Hoffmann heute freigestellt habe...

Abg. Dr. v. Heubrand (L.): Ich erhebe Einspruch dagegen, daß Herr Hoffmann in der Form einer Geschäftsordnungsbemerkung...

Abg. Dr. Heiberg (nall.): Herr Hoffmann hat, wie der Präsident feststellte, die Hauptfrage beschwungen...

Abg. Parisier (Z.): Gegenüber dem geschmackvollen Wort von dem platonischen Getriebe stelle ich fest...

Abg. Dr. Hoffmann (Soz. Arb.): Deshalb hat man mir wohl das Wort abgekauft? Die namhaften Beträge stehen in keinem Verhältnis zur Teuerung...

Abg. Dr. Heiberg (nall.): Es hat kein Redner das Recht, an einer bestimmten Stelle zu sprechen.

Abg. Dr. Hoffmann (Soz. Arb.): Das sind ja Ausreden. Wenn Sie von guten Gewohnheiten des Hauses sprechen...

Abg. Dr. Heiberg (nall.): Sie sind ein gewerbmäßiger Verleumder! (Große Unruhe und lebhaftes Hört, hört!)

Abg. Dr. Hoffmann (Soz. Arb.): Den Verleumder gebe ich zurück. Sie sind ein Heuchler.

Der polnische Antrag auf Streichung der Fonds zur Stärkung des Sozialismus im Osten wird gegen die Polen...

Die Anträge betreffend Staatshilfe für die Seebadeorte gehen an den Haushaltsausschuß...

Der Justizetat.

Abg. Teisradt (L.) tritt für Maßnahmen zur Beschleunigung und Vereinfachung des Gerichtsverfahrens im Kriege ein.

Abg. Dr. Bell (Z.): Es erhebt sich jede Bedenke, im Kriege die Mitwirkung des Laienelements einzuschränken.

Justizminister Dr. Pfeiler: Eine solche Verordnung an die Richter ist nicht ergangen. Vielmehr verweist das der Abg. Dr. Bell mit einer Invektive an die Staatsanwaltschaften.

Weiterberatung: Montag, 11 Uhr, außerdem Anstusetat. Schluß: 4 1/2 Uhr.

Ernährungsfragen in der Reichstagskommission.

Die Kommission, die der Reichstag eingeleitet hat, um die Ernährungsfragen zu behandeln, hielt ihre erste Sitzung...

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes, v. Satocki, gab eine eingehende Darstellung über die in Aussicht genommenen neuen Anordnungen.

erfolgen, um eventuell Verschleierungen über vorhandene Bestände aufzudecken. Wir werden die Einteilung der vorhandenen Nahrungsmittel so vornehmen...

Ausmahlung des Getreides auf 94 Proz. erhöhen

müssen, damit wird auch leider die Mele für die Viehhaltung im geringeren Quantum zur Verfügung stehen...

Schweinepreise herabzusetzen.

Das hätte schon früher geschehen müssen. Der Beitrag hat im vorigen Jahr mit großer Majorität den Plan...

Der Reichsgetreideausschuß soll künftig sämtliche Getreidearten bewirtschaften, auch die Hülsenfrüchte.

Der Zuckererwerb anbau hat ein ungünstiges Resultat ergeben. Die Verarbeitung für Futtermittel und Rumel hat nicht den Anreiz geboten.

so viel Armeen zählte, als sie selbst Corps bildete, wahrlich keine aussichtsreiche Lage!

Es war 10 Uhr morgens, als das II. Korps den Kampf mit den Briten abbrach.

Die Pommeren stürmten in glühender Tageshitze den Weg zurück — zurück zum Angriff.

Schon am Abend des Sonntag hatte das II. Korps den Grand Morin wieder überschritten und den Ourcq erreicht.

Nach weiteren Rückweg hatte das IV. Armeekorps von St. Just und Provins.

Das IV. Armeekorps hatte dort den ganzen Tag des 6. September bis in die Nacht den Anstürmen der Armee Raimoury standgehalten.

Der Rückzug der beiden rechten Flügelkorps der 1. Armee erfolgte als Manöver zur Herkennung der Lage...

Die englische Armee war weder imstande gewesen, das II. Korps festzuhalten, noch den Rückmarsch des IV. Korps zu verhindern.

Der Rückzug der beiden rechten Flügelkorps der 1. Armee erfolgte als Manöver zur Herkennung der Lage...

Die englische Armee war weder imstande gewesen, das II. Korps festzuhalten, noch den Rückmarsch des IV. Korps zu verhindern.

Der Rückzug der beiden rechten Flügelkorps der 1. Armee erfolgte als Manöver zur Herkennung der Lage...

Die englische Armee war weder imstande gewesen, das II. Korps festzuhalten, noch den Rückmarsch des IV. Korps zu verhindern.

Der Rückzug der beiden rechten Flügelkorps der 1. Armee erfolgte als Manöver zur Herkennung der Lage...

Die englische Armee war weder imstande gewesen, das II. Korps festzuhalten, noch den Rückmarsch des IV. Korps zu verhindern.

Der Rückzug der beiden rechten Flügelkorps der 1. Armee erfolgte als Manöver zur Herkennung der Lage...

Die englische Armee war weder imstande gewesen, das II. Korps festzuhalten, noch den Rückmarsch des IV. Korps zu verhindern.

Der Rückzug der beiden rechten Flügelkorps der 1. Armee erfolgte als Manöver zur Herkennung der Lage...

Die englische Armee war weder imstande gewesen, das II. Korps festzuhalten, noch den Rückmarsch des IV. Korps zu verhindern.

Die Schlacht am Ourcq.

(6. bis 9. September 1914.)

Von Hermann Stegemann.

Nur rasche Entschlüsse und noch raschere Manöver konnten die 1. Armee und damit das ganze über die Aisne und Marne vorgedrängte Heer vor einer schweren Niederlage retten.

Während das IV. aktive Korps der Armee Aisne dergestalt nach Süden vorrückte, brach das II. Korps die Engländer in Unordnung und warf sie im Gegenangriff wieder in den Wald von Erécy zurück.

Anmerkung der Redaktion: Diese Darstellung der Schlacht an der Marne ist ein Abdruck aus Hermann Stegemanns „Geschichte des Krieges“.

Heerführer, denn er sah nun auch seine rechte Flanke bedroht, wo das IV. Korps Aisne im Angriff auf das südlich von Baudois gelegene Joux-le-Châtel fortschritt.

Da begannen die Angriffe der Deutschen plötzlich zu stoen. Es war gegen 10 Uhr morgens, als sich die Engländer auf einmal des fürchterlichen Gegners entledigt sahen.

Die englische Armee war weder imstande gewesen, das II. Korps festzuhalten, noch den Rückmarsch des IV. Korps zu verhindern.

Der Rückzug der beiden rechten Flügelkorps der 1. Armee erfolgte als Manöver zur Herkennung der Lage...

Die englische Armee war weder imstande gewesen, das II. Korps festzuhalten, noch den Rückmarsch des IV. Korps zu verhindern.

Der Rückzug der beiden rechten Flügelkorps der 1. Armee erfolgte als Manöver zur Herkennung der Lage...

Die englische Armee war weder imstande gewesen, das II. Korps festzuhalten, noch den Rückmarsch des IV. Korps zu verhindern.

(Schluß folgt.)

werden. Es ist zurückgehalten worden, damit wir es für die schlimmste Zeit zur Verfügung haben. Es sind Maßnahmen ergriffen, um die Schweinebestände und auch den Rindviehbestand herabzusetzen, da das Vieh eine große Gefahr für unsere Nahrungsmittelbestände ist, die für die Menschen reserviert werden. Auf die Dauer kann eine solche Kartoffelversorgung wie gegenwärtig dem Volke nicht zugemutet werden. Es muß die Erzeugung von Kartoffeln und Getreide die wichtigste Aufgabe im nächsten Wirtschaftsjahr bleiben.

Staatssekretär Hefferich bespricht die Produktionsverhältnisse in anderen Ländern, die sehr ungünstig stehen und uns auch in Friedenszeiten die Versorgung nicht leichter machen. Wir müssen dafür sorgen, unsere eigene Produktion zu erhöhen. Die Produktion des künstlichen Düngers ist so gestiegen, daß wir den Chile-Salpeter vollständig entbehren können. Diese Produktion, die heute zu einem erheblichen Teil für Rummien gefordert wird, ist uns im Frieden für die Landwirtschaft gesichert. — Abg. Dr. Bahme (natl.) hält eine Erhöhung der Preise für einige Produkte für notwendig, sie würde den sehr gestiegenen Produktionskosten entsprechen. Er ist gegen eine Herabsetzung der Schweinepreise. — Abg. Hoff (Sp.) behandelt zumwiegend die Frage einer größeren Abschließung des Viehes, um die Freigabe der Nahrungsmittel zu erlangen. Eine Preisrelation zwischen Vieh- und Getreidepreisen sei dringend erforderlich. Er stellt sich im wesentlichen auf den Standpunkt der Preisvorläge der Professoren. — Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) hält eine bessere Organisation für die Getreidebewirtschaftung für notwendig. Wir befinden uns in einer Gefahr, daß heute noch große Bestände von Getreide in den Händen der Besitzer sind, die zu großen Verlusten führen, um die Verwendung als Viehfutter zu verhindern. Die Getreideerhebungen sind weiter ein Beweis dafür, wie schwer es ist, unser Getreide in der öffentlichen Bewirtschaftung fest zu erfassen. Die Nahrungsmittelverteilung, d. h. die Produkte aus Hafer und Gerste, ist leider nicht so erfolgt, wie uns die Zusicherung gegeben wurde. Die bisherige Verteilungsquote ist außerordentlich gering und ungenügend. Bedner vermißt eine Einschränkung des Tabakbaus und der Gärtnereibetriebe für Tiergewächse. Die Preisrelation für unsere Produkte der Landwirtschaft ist zu befürworten, aber es geht nicht so, wie der Landwirtschaftsrat es will, von oben nach den hohen Viehpreisen die Getreidepreise zu regulieren; das Inverse müßte erfolgen. Aber es muß auch der Roggenpreis gehoben werden, daß eine Preiserhöhung im Hinblick auf die erhöhten Produktionskosten notwendig ist. Bedner berechnet, daß nach den Vorschlägen der Professoren Roggen und Weizen einen Zuschlag von 284 Millionen Mark erfordert, die Kartoffeln würden ein Mehr von 240 Millionen Mark bedeuten, und bei Zucker würde man den Rübenbauern 133 Millionen Mark zustehen lassen. Der Vorteil bei der Herabsetzung der Viehpreise läßt sich auf 560 Millionen Mark veranschlagen. Dabei ist aber in Betracht zu ziehen, daß die Preisermäßigung sehr hart der Militärverwaltung zugute kommt. Es wäre zu fordern, daß die Erspornisse, die hier erzielt werden, weiter Verwendung finden, um für die Zivilbevölkerung die Nahrungsmittel im Preise zu senken. Sehr entschieden wandte sich der Redner gegen die Erhöhung der Zuckerrüben- und der Kartoffelpreise. — Abg. Baum (Soz. Arb.) wendet sich gegen die vorgeschlagene Preisrelation. Der Redner begründet dann sehr eingehend einen Produktionszwang für die Landwirtschaft.

b. Salochi erklärt, daß er den Anbau von Tiergewächsen und Blumen zurückdrängen will; die Gemeinden haben dazu die geeigneten Vollmachten. Beim Tabakbau ist es bedenklich, die Erzeugung zu unterbinden. Es handelt sich um ein Genussmittel, auf das ein Teil der Bevölkerung schwer versichert. Eine Berechnung der Produktionskosten ist unmöglich, weil die Betriebsverhältnisse sehr verschieden sind. Deshalb kann sich auch der Preis nicht aufbauen auf eine Berechnung der Produktionskosten. — Abg. Held (natl.): Wir müssen die Preise so stellen, daß die Landwirte auskommen. Die Herabsetzung der Viehpreise ist sehr bedenklich. Wir schädigen damit unsere Viehhaltung. — Abg. Dr. Koesike (Soz.): Die landwirtschaftliche Produktion müsse eine Förderung durch

angemessene Preise erfahren. Dem Landwirt muß ein großes Quantum der Frucht zur freien Verfügung gelassen werden, damit er uneingeschränkt disponieren kann. Man nimmt sonst dem Landwirt jede Freude am Berufe. Es ist ganz unmöglich, daß in einer Zeit, wo der Wert des Geldes sinkt, die Viehpreise herabgesetzt werden.

Nächste Sitzung am Montag: Fortsetzung der Verhandlung.

### Reichstagsarbeit in der Bevölkerungspolitik.

Die Kommission des Reichstags für Bevölkerungspolitik tagte am Sonnabend zur Besprechung ihres Arbeitsplans in dieser Session und der auf ihrem Arbeitsgebiet in Aussicht stehenden Regierungsvorlagen.

Ein Vertreter des Reichsjustizamts machte darauf folgende Mitteilungen. Fertig in der kommissarischen Vorarbeit und zur Vorlage an den Kaiser und Bundesrat seien im wesentlichen drei Gesetzentwürfe, von denen freilich nicht feststehe, ob sie noch so zeitig dem Parlament zugehen würden, daß sie diesmal verabschiedet werden könnten. Erstens ein allgemeiner Entwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der aber nur die Vorschriften über Anpöpel, gewerbliche Anpöpel, Anpöpelung der Prostitution, Kurpfuscherei und Anpöpelung der Säuglinge durch Kamen und umgekehrt mit besonderem Bezug auf die Geschlechtskrankheiten betreffe. Zweitens eine Vorlage über das Verbot antikonzeptioneller Mittel. Drittens ein Entwurf, der geistliche Militärpersonen mit ansteckenden Krankheiten bei der Demobilisation zurückzuführen sollte. Er gebe anheim, die Kommissionsarbeiten danach einzurichten.

Abg. Dr. Strube (Sp.) ist für Zurückziehung der durch die angeklagten Gesetzentwürfe erwähnten Materien, aber für Weiterbehandlung der übrigen Sittlichkeitsfragen in der Kommission. Er läßt zur Vorführung eines Films ein, den die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat herstellen lassen und ist jedenfalls für die Disjunktion der Schulbesetzung über Geschlechtskrankheiten. — Abg. Dr. Quard (Soz.) betont, daß die angeklagten Gesetzentwürfe so lächerlich sein werden und werden den verprochenen Ausbau der Vereinstellen zu Gesundheitsämtern, noch die Angehörigen, noch eine durchgreifende Reform des Gesundheitswesens bringen werden. Es komme darauf an, ob das Parlament nicht wenigstens hinsichtlich dieser Punkte die Initiative behalten sollte. — Die Abg. Dr. Fehlbender (Sp.) und Krumm (Christl.-Soz.) sind im Gegensatz zum Vortrager für Ausschaltung aller Materien aus der Kommissionsarbeit, die die kommenden Gesetzentwürfe betreffen. Man lasse sonst doppelte und nutzlose Arbeit. — Abg. Dr. David (Soz.) schlägt vor, die

#### parlamentarische Initiative.

die in der Tat nötig sei, auf den neuen Abschnitt „Mutter und Kind“ zu konzentrieren, ein Vorschlag, dem sich Abg. Kunert (Soz. Arb.) anschließt. — Abg. Reyer, Gerford (natl.) meint, man solle sich vorbehalten, jeberzeit auf die Kommissionsarbeit zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zurückzukommen, falls die Regierungsvorlagen zu lange ausbleiben. — Abg. Schulz (Soz.) spricht über pädagogische Bedenken gegen geschlechtliche Schulbesetzung.

Beschlossen wird, in der nächsten Sitzung zu behandeln die Frage des besseren Schutzes der Soldaten vor Geschlechtskrankheiten, sowie Fragen des Schutzes der Zivilbevölkerung, die sich schon auf Grund der bestehenden Gesetzgebung regeln lassen. Dann soll zum Abschnitt „Mutter und Kind“ übergegangen werden, für den als Referent für Kommission und Plenum Abg. Dr. Quard bestimmt wird.

Schließlich bringt Abg. Dr. Quard (Soz.) noch eine weitere Frage in Anregung. Der im preussischen Landtag eingebrachte Fideikommissgesetzentwurf sei eine direkt gegen jede gesunde Bevölkerungspolitik gerichtete Maßnahme. Er werde die Abwanderung vom Lande und die unhygie-

nische Anpöpelung in den Städten hauptsächlich sogar die Auswanderung begünstigen. Er arbeite den nächsten Beratungen der Kommission für Bevölkerungspolitik geradezu entgegen. Deshalb möchte er anheingehen, in der nächsten Sitzung auch über diesen wichtigen Punkt kurz zu verhandeln, oder heute wenigstens den amwesenden Kommissaren der preussischen Regierung zu empfehlen, bei ihrer Staatsregierung klar zum Ausdruck zu bringen, welche Kriegserklärung an jeden gesunden Fortschritt auch vom Standpunkt der Bevölkerungspolitik das preussische Vorgehen sei, was er für seine Realisationsfreunde hiermit ernstliche Vorwarnung haben wolle. — Abg. Dr. David (Soz.) teilt mit, daß die Sache nächste Woche im Plenum zur ausgiebigen Verhandlung kommen werde, worauf die Kommission den Gegenstand verläßt und ihre Sitzung schließt.

### Reichstagsauschuß für das Hilfsdienstgesetz.

Der Auschuß trat am Freitagabend nach Schluß der Plenarsitzung zusammen, um die zweite Lesung des Entwurfs einer Verordnung über

Versicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten vorzunehmen.

Der eine Beschäftigung im Sinne des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst ausübt, soll, auch wenn er nicht dienstpflichtig nach § 1 dieses Gesetzes ist, den Vorschriften über die reichsgesetzliche Arbeiter- und Angestelltenversicherung unterliegen. Diese gilt auch dann, wenn die Beschäftigung nicht auf Grund freiwilliger Meldung stattfindet.

Die Vorlage gelangte mit den in der ersten Lesung beschlossenen Abänderungen zur Annahme.

Ein im Bewußtsein stehende Abänderung hat nur § 10 des Entwurfs erfahren, der die Tätigkeit im vaterländischen Hilfsdienst, die den reichsgesetzlichen Vorschriften über die Unfallversicherung und dementsprechend nicht unterliegt, weil sie im Auslande ausgeübt wird, und nicht als selbständige Bestandteile (Ausstrahlung) eines inländischen Betriebes anzusehen sind, der Unfallversicherung unterstellt. Träger der Versicherung für diese Hilfsdienstpflichtigen ist das Reich. Die Unfallentschädigung soll nach einem einheitlichen Jahresarbeitsverdienst berechnet werden, der nach der Vorlage a) bei gewöhnlichen landwirtschaftlichen Arbeitern 810 M., b) bei gewerblichen Arbeitern und landwirtschaftlichen Hocharbeitern 1200 M. betragen soll.

Ein Antrag Bauer (Soz.), den Jahresarbeitsverdienst auf 1500 und 2000 M. festzusetzen, fand keine Mehrheit. Angenommen wurde ein Antrag Carsten, den Jahresarbeitsverdienst für landwirtschaftliche Arbeiter auf 1200 und für gewerbliche Arbeiter und landwirtschaftliche Hocharbeiter auf 1900 M. festzusetzen.

Der Auschuß setzte dann die in der vorigen Sitzung bereits vorgenommene Aussprache über die

#### Zusammenlegung und Stilllegung von Betrieben.

fort. Hauptmann v. Specht und Generalleutnant v. Gröner gaben eingehend Auskunft über die in der Durchführung begriffenen und für die nächste Zeit in Aussicht genommenen Maßnahmen.

Abg. Bauer wies darauf hin, daß es immer noch vorläme, daß bei den Verhandlungen die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen nicht gehört würden. Betriebe sollten immer erst dann stillgelegt werden, wenn Sorge getroffen sei, daß die Arbeiter und Angehörigen anderweit untergebracht werden könnten. Für diejenigen, die zur anderweitigen Beschäftigung nicht geeignet sind, müße sofort eine ausreichende Fürsorge einsetzen.

Hauptmann v. Specht erklärt, daß das Kriegsamt durchaus im Sinne dieser Wünsche zu verfahren gedenke.

Abg. Schiele (L.) beantragt, in eine Verhandlung über die militärischen Verbeaushebungen einzutreten. — Die Kommission lehnt den Eintritt in die Verhandlung ab, weil die Verbeaushebung mit dem Dienstpflichtgesetz nicht im Zusammenhang stehe und die Kommission deshalb nicht zuständig sei.

# Alles Gute kehrt wieder!

Was zur Zeit, da unsere Großmütter jung waren, dem Geist der damaligen Zeit entspringend zur herrschenden Tracht wurde, davon finden sich bei der heutigen Mode unverkennbare Merkmale.

Wie es die Biedermeierzeit einst versuchte, mit einfachen Mitteln Schönes und Geschmacksvolles zu schaffen, so das heutige, auf seine eigene Kraft gestellte deutsche Kleidergewerbe.

Und wenn Sie das Ergebnis betrachten, die entzückenden Jadenkleider mit ihren losen, gefälligen Formen, ihrem anmutig hochgestellten Nieder, den fleidsamen, schalartigen Kragen, den festen Beuteltaschen usw., so werden Sie zugeben, daß einfacher, deutscher Sinn hier etwas ganz

außerordentlich Schönes geschaffen hat.

Rönigstraße 33.

Am Bahnhof Alexanderplatz.

Chausseestraße 113.

Beim Steffiner Bahnhof.

Sonntags geschlossen.

**C & A**  
BRENNINKMEYER GMBH



Festes Jadenkleid in besonders ausgeprägter loser Form. Der schöne große Kragen verdient besondere Beachtung. Woiter-Glockenrock. Süßhe Taschen. 93.50

Hochmodern in jeder Beziehung ist dieses entzückende Jadenkleid mit seinem nach Biedermeier Art hochgestellten Gurt, und seinem großen Kragen, der durch einen kapuzenartig gefügten weißen Noiree-Übertrag noch verziert wird. 77.50

haben betrieblen nicht mehr ohne besondere Genehmigung des Generaldirektors für den Eisenbahnverkehr beschaffen werden. Die Aufforderung zur freiwilligen Dienstnahme umfasse alles, kein Betrieb oder Beruf sei davon ausgeschlossen. Bis zum 31. Februar abends hätten sich 60 000 Freiwillige gemeldet. Die Regierung werde vielleicht das Parlament um neue Befugnisse ersuchen, wenn man nämlich die Erfahrung machen würde, daß die Freiwilligen den Pflichten, die sie auf sich nehmen, nicht nachkommen, oder daß Arbeitgeber ohne Grund ihre Arbeiter strafen oder entlassen. Der Generaldirektor werde das Recht haben, die Arbeiter zur Bekanntgabe aller Arbeiter zwischen 18 und 60 Jahren, die in ihren Betrieben seien, aufzufordern. Falls die Regierung zu dem Schluß kommen sollte, daß Arbeiter von Arbeitsstätten vorhanden seien, die sie durch freiwillige Werbung nicht gewinnen könne, so werde sie andere Mittel versuchen müssen. Die Einführung einer industriellen Dienstpfllicht sei nach der jetzigen Vorlage nicht gut möglich; um aber allen Minderheiten vorzubeugen, habe die Regierung ihn ermächtigt, auf das Bestimmteste zu beschließen, daß sie die ihr gewährteten Rechte nicht dazu benutzen werde, Arbeiter von einem Arbeitsplatz nach dem anderen auf eine Weise zu verpflanzen, die nach den bestehenden Gesetzen nicht gestattet sei.

Gleichwohl glaubten einige Abgeordnete, daß das Gesetz der Regierung das Recht gebe, den industriellen Dienstzwang einzuführen. Andere waren dagegen, da es ihrer Meinung nach den Weg zu solchen Zwangsmaßnahmen vorbereite. Der Regierung wurde auch vorgeschrieben, daß sie den komplizierten Charakter der englischen Industrie nicht richtig verstehe. Schließlich sah sich Cane veranlaßt, in die Vorlage eine Bestimmung aufzunehmen, aus der deutlich hervorgeht, daß sie keinen industriellen Zwang mit sich bringt.

### Kleine Kriegsnachrichten.

Die britische Reichskriegskonferenz wird, wie der politische Mitarbeiter der „Wall Wall Gazette“ erfährt, in ungefähr 14 Tagen zum ersten Male zusammenzutreten.

Die verhafteten Iren. Der Oberbefehlshaber in Irland hat verfügt, daß den neuzurückgekehrten Iren verboten wird, in Irland zu wohnen. Ihnen ist freigestellt worden, einen Aufenthaltsort in England zu wählen.

Im australischen Bundesparlament machte Hughes Mitteilung von einem Antrag an das Reichsparlament, die Legislaturperiode des australischen Bundesparlamentes bis sechs Monate nach Friedensschluß, spätestens bis zum 8. Oktober des nächsten Jahres, zu verlängern.

## Politische Uebersicht.

### Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus beendete am Sonntagabend die Debatte über den Antrag auf Bewährung von Teuerungszulagen an Beamte, zu dem sich die Redner aller bürgerlichen Parteien wohlwollend äußerten. Der Finanzminister Dr. Lenz ver sprach mit Rücksicht auf die ständig zunehmende Teuerung eine erneute Prüfung, ob die Zulagen erhöht bzw. der Kreis der Bezugsberechtigten erweitert werden solle. Dem Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft wurde das Wort abgenommen. Die Folge davon waren stürmische Szenen, Adolf Hoffmann wurde von dem Abg. Dr. Friedberg als gewerbetreibender Verleumder bezeichnet, worauf Hoffmann Herrn Dr. Friedberg einen Händchelnamte. In der Unruhe, die ob dieser erbauischen Zwiesprache im Hause herrschte, wurde der Antrag einer Kommission überwiesen, die sich auch mit Fragen der Verbilligungspolitik befassen soll. Die Konfessionen, die die Ueberweisung an die Budgetkommission gewünscht hatten, blieben in der Minderheit.

Der Etat des Finanzministeriums selbst, zu dem der Teuerungsantrag gestellt war, wurde genehmigt und mit ihm gegen die Stimmen der Polen, Dänen, Sozialdemokraten, des Zentrums und einiger Fortschrittler auch die Positionen, die die vor dem Kriege beliebte Polen- und Dänepolitik charakterisieren.

Das Haus schritt dann zur Beratung des Etats der Justizverwaltung, die dem Abg. Dr. Bell (Z.) Gelegenheit gab, eine große Reihe von Wünschen auf Reform unserer Justiz zum Vortrag zu bringen, einige Mißstände zu rügen und für die Unabhängigkeit des Richterstandes einzutreten. Nach einer kurzen Erwidernng des Ministers, der den Zentrumsredner offenbar völlig mißverstanden hatte, wurde die Beratung auf Montag vertagt. Nach Erledigung des Justizetats soll die zweite Lesung des Kultusetats beginnen.

### Bundesrat.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Bestimmungen zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst; der Entwurf einer Bekanntmachung über Regelung des Verkehrs mit Kohle und der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Veränderung der Verordnung über Mineralöle, Mineralölerzeugnisse, Erdwachs und Kerzen vom 16. Januar 1917.

### Die Verkehrssteuer.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs ist nunmehr veröffentlicht worden. Seine wichtigsten Bestimmungen sind schon bekannt.

Besteuert wird der ganze Personen- und Güterverkehr auf Eisen- und Seilbahnen und Wasserstraßen, der Verkehr auf Landstraßen insoweit als die Beförderung durch ein dem öffentlichen Verkehr dienendes Unternehmen auf bestimmten Linien und planmäßigen Fahrten betrieben wird. Das trifft auch den Verkehr in geschlossenen Ortschaften (Straßenbahn- und Omnibusverkehr).

Von der Abgabe befreit sind Personenbeförderungen im Arbeiter-, Schüler- und Militärpersonenverkehr sowie die Abfertigung zu ermäßigten Preisen erfolgt. Abgabefrei bleibt u. a. auch die Beförderung von Gütern in kleinen Schiffen mit weniger als hundert Kubikmeter Raumgehalt und ohne motorische Kraft.

Die Abgabe beträgt für die 1. Klasse 16 Proz., für die 2. 14 Proz., für die 3. 12 Proz., für die 4. 10 Proz. Einklassenverkehr wird mit 12 Proz. versteuert. Im Gepäckverkehr beträgt die Abgabe 12 Proz. des Beförderungspreises, bei der Güterbeförderung 7 Proz.

Für Straßenbahntarife ist der § 8 des Gesetzes wichtig, daß Tarifänderungen, soweit sie zur Deckung der Abgabe bestimmt und nach Lage der gesamten Verhältnisse als angemessen zu erachten sind, zulässig sind ohne Rücksicht auf bestehende Tarifvereinbarungen. Kommt eine Verständigung zwischen beiden Vertragsteilnehmern nicht zustande, so entscheidet ein Schiedsgericht, beide Parteien wählen je einen Schiedsrichter und gemeinsam einen Obmann.

In der Begründung wird dazu gesagt: Hierbei wird dem Unternehmer in der Umgestaltung der Tarife ein den Bedürfnissen des Verkehrs und des Betriebs gerecht

werdender Spielraum einzuräumen sein. Gerade im Straßenbahnverkehr mit seinen niedrigen Beförderungssätzen verbietet sich ein automatisches Hinuschlagen des Abgabebetrags zu den Beförderungspreisen schon wegen der bestehenden Abnutzungsschwierigkeiten. Der Unternehmer wird auch in die Lage gesetzt werden müssen, Tarifveränderungen durch Veränderung der Tarifzonen oder dadurch, daß er Fahrpreiserhöhungen auf der einen Seite durch Fahrpreiserhöhungen auf der anderen Seite ausgleicht vorzunehmen. Dagegen kann die Ermächtigung des Unternehmers, einseitig Tarifänderungen aus Anlaß des vorliegenden Gesetzes vorzunehmen, nicht so weit gehen, um auch Veränderungen zu gestatten, an denen er sich für sonstige Steigerungen der Betriebskosten zu erhalten beabsichtigt.

Die Erträge werden auf 313 Millionen Mark veranschlagt. Davon: Eisenbahnen 1. Kl. 4,7, 2. Kl. 2,5, 3. Kl. 51,9, 4. Kl. 30,5 Millionen Mark, Straßenbahnen 34,4 Millionen Mark, Güterverkehr 161,8 Millionen Mark, Vinnenschiffahrt und Küstenverkehr 23 Millionen Mark.

Die Berechnungen für den Bahnverkehr auf der — heute wohl nicht mehr zureichenden — Friedensgrundlage von 1913: Die Erträge der Wasserverkehrssteuer lassen sich, wie zugegeben wird, beim Mangel ausreichender Grundlagen nur annähernd schätzen. Die ganze Veranschlagung erscheint daher recht optimistisch.

### Urteil im Flugblattprozess Eichhorn und Genossen.

Leipzig, 23. Februar. (Mitteilung des W. T. V.) Der vereinigte zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts hat heute teils heute teils nach zweitägiger Verhandlung den Zigarrenhändler Hermann Weise und den Reaktor Emil Eichhorn, beide aus Berlin, wegen Vergehens gegen Paragraph 90 des Gesetzes über den Belagerungszustand zu je fünf Monaten Gefängnis, wegen des gleichen Vergehens den Buchdrucker Wilhelm Habicht aus Neuloh zu drei Monaten Gefängnis, Verurteilung Landesverrat, den die Anklage in der Handlungsweise der Angeklagten erblickt, nahm das Reichsgericht nicht als erwiesen an. Eichhorn hatte im Juli des Vorjahres mehrere Flugblätter, darunter eins mit der Ueberschrift „Zuchthaus für Friedensarbeit“ bei Habicht drucken lassen und ihn veranlaßt, seine oder eine unrichtige Druckfirma darauf anzugeben. Weise versandte die Flugblätter nach verschiedenen Orten Deutschlands. Das Reichsgericht nahm an, daß die Angeklagten nicht das Bewußtsein gehabt hätten, der Kriegsmacht Deutschlands durch ihre Handlungsweise Schaden zuzufügen, dagegen wurde festgestellt, daß die Angeklagten gegen die Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken handelten, welche die Verbreitung solcher Flugblätter mit unrichtiger Druckangabe verbietet. Die Strafe der Angeklagten wurde als durch die Interzessionspflicht verhärt erachtet. Nach dem Verhandlungsschluß jedoch ließ der Reichsanwalt die Angeklagten wiederum verhaften, um sie in Schutzhaft zu nehmen.

### Bericht oder Vortrag?

Zu unserer Notiz in Nr. 52 des „Vorwärts“ vom 22. d. M. unter der Ueberschrift: „Kein merkwürdiger Vortrag, sondern ein merkwürdiger Bericht“ erhalten wir jetzt die Zuschrift eines Herrn Ernst Pfeiffer. Herr Pfeiffer gibt sich als der Verfasser des von uns kritisierten Berichtes in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 17. d. M. über einen Vortrag des Herrn Dr. Siegmund-Schulze an. Gegenüber der Behauptung des Herrn Schulze, daß der Bericht unwahr sei, hält Herr Pfeiffer seinen Bericht in seinem ganzen wesentlichen Inhalt durchaus aufrecht und beruft sich hierfür auf seine stenographischen Aufzeichnungen.

Herr Dr. Siegmund-Schulze hatte uns seinerzeit folgendes geschrieben: „Eine Befragung der sozialdemokratischen Teilnehmer der in Frage stehenden Versammlung würde Ihnen sicher leicht den Beweis liefern, daß meine Ausführungen durchaus anders orientiert waren, als der Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ erscheinen läßt. Auch in holländisch ist die Wiedergabe nicht richtig.“

Es steht also Behauptung gegen Behauptung. Ob Herr Pfeiffer oder Herr Schulze recht hat, können wir nicht beurteilen. Uns kam und kommt es vor allem darauf an, festzustellen, daß das, was die „Deutsche Tageszeitung“ vom 17. d. M. Herr Schulze über angebliche Belämpfung der Religion durch die Sozialdemokratie sagen läßt, an sich sachlich unrichtig ist, mag es nun Herr Schulze wirklich gesagt oder Herr Pfeiffer irrtümlich als seine Worte berichtet haben.

Der Fideikommissenschatz des Abgeordnetenhauses trat am Freitagabend zusammen. Ihrer Ankündigung gemäß waren die Nationalliberalen und die Volksparteiler nicht erschienen. Die Freisonferanten beantragten Aussetzung der Sitzung, weil die meisten ihrer regelmäßigen Mitglieder verhindert seien, zu erscheinen. Der Ausschuss beschloß mit 11 gegen 5 Stimmen die Sitzung auszusetzen. Circa 5 von den konserbativen Mitgliedern schieden bei der Abstimmung. Nächste Sitzung Dienstag.

Der weimariische Landtag wurde am Freitag nach einer Dauer von zwei Wochen wieder auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Verlängerung der Amtsdauer der im Jahre 1909 für zwei dreijährige Landtagsperioden gewählten Abgeordneten wurde wieder um ein weiteres Jahr verlängert. Die im Jahre 1916 abgelauene dreijährige Finanzperiode, die bereits auf das Jahr 1917 ausgedehnt war, ist um ein weiteres Jahr verlängert worden. In der Reichserbschaftsteuer wurde ein staatlicher Zuschlag von 25 Proz. der Reichsteuer beschlossen. Den Staatsbeamten und staatlichen Arbeitern wurden Kriegszuschläge und Teuerungszulagen zugewilligt, die noch über die für Preußen geltenden Grundzüge hinausgehen.

Zusammentritt des reichsländlichen Landtages. Der Landtag für Elsaß-Lothringen wird in der Woche nach Ostern seine Arbeiten wieder aufnehmen.

## Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

### Ein Vortrag von Franz Klein.

In einer Versammlung der Waffenbrüderlichen Vereinigung im preussischen Abgeordnetenhaus sprach am gestrigen Sonntagabend — nach einem einleitenden Vortrag des Herrn Prof. Dopf — der geschichtliche Sendung Oesterreichs — der frühere österreichische Justizminister Dr. Franz Klein über deutsche und österreichische Wirtschaftspolitik. Der Vortragende wies auf die weitgehenden Uebereinstimmungen hin, die in der wirtschaftlichen Gesetzgebung beider Reiche jetzt schon bestehen, ergoß aber nicht zu erwähnen, daß die Bindungen in einzelnen, so bei den Aktiengesellschaften und der Gewerbeverfassung in Oesterreich weitergehen als in Deutschland. Auch mit der Alters- und Invaliditätsversicherung ist Oesterreich gegenüber Deutschland im Rückstand. Klein verkennt nicht die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Annäherung.

Außerhalb des politischen und militärischen Gebietes steht ein Engerhalten des Zusammenschlusses, wenn er nicht etwa rein oberflächlich sein soll, vorläufig noch auf dem Streife der be-

teiligten Wirtschaftsklassen um den Markt. Er hat im Laufe des Krieges einiges von seiner Schärfe verloren, namentlich in den österreichischen Wirtschaftskreisen; bevor er aber nicht befriedigend ausgeglichen ist, haben die übrigen Ausgleichungen (Rechtsannäherungen, Ineinandergreifen sozialpolitischer Einrichtungen) einen geringen Wert.

Eine sehr wichtige, viel zu wenig beachtete Frage berührt Klein, wenn er weiter ausführt:

Die Mittelmächte haben vor dem Krieg zur Außenhandelspolitik vertrieben gestanden. Angesichts der ihnen aus Leben nehenden Absichten der Feinde vertrieben aber dieser Unterchied. Es gibt nur die Wahl, sich zu unterwerfen oder wie im Kriege gemeinsam vorzugehen, um für den Frieden die Zulassung zu den ungeheuren Gebieten, die die Feinde kontrollieren, durchzusetzen, und zwar nicht nur der Zukunft wegen, sondern noch mehr als Bezugsquelle für andere nicht erreichbare unentbehrliche Rohstoffe. Gegenüber der Notwendigkeit solchen gemeinsamen Handelns dürfen zwischen den beiderseitigen Volkswirtschaften etwa bestehende Wettbewerbsverhältnisse nicht ins Gewicht fallen.“

Der diesen Gedanken weiter nachgeht, wird finden, daß die Wiedereroberung der wirtschaftlichen Freiheit für die Mittelmächte unendlich wichtiger ist als die Kriegsziele, die von unermeidlichen Militärgeographen in Jünil auf der Landkarte gesucht worden.

## Letzte Nachrichten.

### Neuregelung des Meldewesens der Arbeitsnachweise.

Der Oberbefehlshaber in den Marken hat durch Bekanntmachung vom 22. d. M. das Meldewesen der Arbeitsnachweise neu geregelt. Danach sind vom 1. März ab alle nicht gewerbetreibenden Arbeitsnachweise in Berlin und der Provinz Brandenburg verpflichtet, stündlich Mitteilungen über ihre Tätigkeit, offene Stellen usw. an die Zentralauskunftsstelle der Arbeitsnachweise in Berlin (Am Köllnischen Park 3) zu machen. Zu den nicht gewerbetreibenden Arbeitsnachweisen rechnen auch die Hilfsbroschürenstellen. Die gewerbetreibenden Stellenvermittler sind künftig gleichfalls verpflichtet, der Zentralauskunftsstelle der Arbeitsnachweise regelmäßig über ihre Vermittlungstätigkeit zu berichten.

### Handelspolitische Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich.

Wien, 24. Februar. (Mitteilung des Wiener S. S. Telegr. Korrespondenz.) Zu dem Vertrage über den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Oesterreich und den Ländern der ungarischen Krone waren Verhandlungen über die Regelung der Zoll- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten für die Zeit vom 1. Januar 1918 an, spätestens zu Beginn des Jahres 1915 eingeleitet. Im Sinne dieses Abereinstimmens wurden zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung seit längerer Zeit Verhandlungen gepflogen. Obwohl hierbei mit dem Umstand gerechnet werden mußte, daß die Gestaltung der handelspolitischen Verhältnisse nach dem Weltkriege derzeit noch nicht zu überblicken ist, konnte doch insoweit ein vorläufiges Ergebnis erzielt werden, daß nunmehr der Einleitung handelspolitischer Verhandlungen mit dritten Staaten, insbesondere mit dem Deutschen Reich kein Hindernis im Wege steht.

### Der schwedische Reichstag und die Seesperr.

Stockholm, 24. Februar. (Mitteilung des Svenska Telegrammbyråen.) In der zweiten Kammer des Reichstags interpellierte Baron Adelswärd (Liberal) den Staatsminister über die Tätigkeit der Kriegsversicherungs-Kommission nach der Erweiterung des deutschen U-Boot-Krieges, da die Kommission seit dem 1. Februar die Versicherung von Schiffen mit nach Frankreich und England bestimmten Ladungen verweigert. Der Staatsminister erklärte in seiner Antwort: Die Bedeutung des Interpellanten, daß die Regierung durch ihr Verhalten in der Versicherungsfrage größere Rücksicht gegenüber dem einen als dem anderen Kriegsführenden gezeigt habe, verdiene seine Beachtung. Es sei klar, daß die Regierung nur auf die Interessen Schwedens und der schwedischen Seeleute Rücksicht genommen habe. Adelswärd erklärte, die Versicherungspolitik der Kommission habe auf die äußere Politik Schwedens einen Einfluß gehabt und die Verständigung mit Großbritannien erschwert.

Franting sagte, daß die Regierung gegen den rücksichtslosen U-Boot-Krieg protestiert, gleichzeitig aber dafür gesorgt habe, daß ein Staatsorgan tatsächlich die Blockade anerkannt habe, daß die schwedische Schifffahrt im Gebiet dieser Blockade Schwierigkeiten hätte, sich aufrechtzuerhalten. Niemand wolle die Seeleute in diese Gefahrenzone hinauszwingen, man habe aber ein Recht zu fordern, daß die Regierung nicht direkt hindernde Maßnahmen ergreife, die Blockade zu unterbrechen. Man habe erwidert, daß Menschenleben natürlicherweise nicht gewagt werden sollten wegen der Einfuhr von Luxusartikeln, aber die Tätigkeit der Kommission könne zur Folge haben, daß Schweden weder Zugartikel noch Lebensmittel erhalte. Dies Schweden erschwere die ganze Volkswirtschaft und Industrie und stehe in schreiendem Widerspruch mit der Gesetzgebung, die der Reichstag zu Anfang dieses Monats zur Ausdehnung der Versicherungen geschaffen habe. Sowohl Schweden als auch Dänemark und Norwegen zeigten, daß der Wille in ihnen herrsche, die Verbindungen nach dem Westen aufrechtzuerhalten.

Der Staatsminister beantwortete die Kritik der äußeren Politik der Regierung, indem er erklärte, daß Schwedens Absichten und Neutralität vielmehr im eigenen Lande als im Auslande angegriffen würden. Hildebrand (K.) erklärte, daß die Kommission die Sache ausschließlich vom verdrängerischen Gesichtspunkte aus betrachte und alles getan habe, um die Verbindungen zu entwickeln.

### Elf Dampfer, zwei Segler, acht Fischerfahrzeuge verkennt.

Berlin, 24. Februar. Nichtamtlich. Von zurückgeführten U-Booten sind neuerdings elf Dampfer, zwei Segler und acht Fischerfahrzeuge verkennt worden. Unter den verkennten Dampfern besaß der englische Transporthier A 19 (Dampfer Africa) der White-Star-Line, 11 999 Tonnen, der am 12. Februar auf dem Wege von Liverpool nach Plymouth vernichtet wurde. Mit den übrigen verkennten Schiffen gingen unter anderem verloren 8000 To. Kohlen, 1800 To. Stahlgut und 3000 To. Salpeter. — Da nach obiger Meldung der Dampfer Africa am 12. Februar und nicht am 16. Februar verkennt worden ist, haben die Engländer die am 16. Februar als Erfolge eines U-Bootes in 24 Stunden bekanntgegebenen vier Hilfskreuzer bzw. Transporter sämtlich verschwiegen.

### Die Teuerung in Italien.

Vern, 24. Februar. Die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung in Italien für den Zeitraum von September 1915 bis September 1916 erreicht nach Mitteilung des Verprobantierungsausschusses 48,92 Prozent.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Lohnzulage bei der Berliner Hochbahn.

Der Transportarbeiter-Verband hatte Anfang dieses Monats im Auftrage seiner Mitglieder, die bei der Hochbahn beschäftigt sind, Forderungen eingereicht, die eine Erhöhung des Lohnes und eine Neuregelung der Arbeitszeit vorsehen. Die Betriebsleitung ist dem Wunsch des Personals nachgegeben und sandte unter dem 22. Februar an die Verbandsleitung ein Schreiben, wonach die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wie folgt geregelt sind:

Das weibliche Personal erhält bei Sperr- und Bahnsteigdienst 45 Pf., bei Zugbegleiter- und Blokdienst 50 Pf., bei Frauen im Luftstraßendienst 55 Pf. Stundenlohn

Ueberstunden werden für Sperr- und Bahnsteigdienst mit 50 Pf., für Zugbegleiter- und Blokdienst mit 60 Pf. bezahlt.

An Ruhetagen geleistete Dienste werden nach den Sätzen für Ueberstunden berechnet.

Die Kriegszulage für Kinder unter 15 Jahren beträgt monatlich 5 M.

Die tägliche Arbeitszeit (ohne Einziehung der freien Tage) ist auf 8 Stunden festgesetzt.

Das männliche Personal erhält für Bahnsteigdienst 5 M., für Zugbegleiter- und Blokdienst 5,50 M., für Zugfahrdienst 6 M. Tageslohn.

Ueberstunden werden für die ersten beiden Kategorien mit 65 Pf. bezahlt.

An Ruhetagen geleistete planmäßige Dienste werden mit dem schätzenden Betrag der Ueberstunden bezahlt.

Die Kriegszulage für Kinder unter 15 Jahren beträgt monatlich 5 M.

Der tägliche Durchschnittsdienst (ohne Einziehung der freien Tage) beträgt im Bahnsteigdienst 9 1/2 Stunden, Blokdienst 9 1/2 Stunden, Zugbegleiterdienst 9 Stunden 25 Min., Zugfahrdienst 9 1/2 Stunden.

Für beide Gruppen gemeinsam ist bestimmt: Es werden 2 freie Tage im Monat bezahlt. Bei der Lohnzahlung wird jedem Bediensteten eine Lohnabrechnung ausgehändigt.

Die Lohnaufbesserung ist mit rückwirkender Kraft vom 21. Januar d. J. eingeführt worden.

Die Betriebsleitung bemerkt, daß sie gleichzeitig mit dieser Aufbesserung zugunsten der Arbeiter auch die laufenden Bezüge des ständigen Betriebspersonals nochmals erhöht worden sind.

Mit dieser Regelung sind fast alle Forderungen erfüllt mit Ausnahme der Bediensteten im Sperr- und Bahnsteigdienst, die ebenfalls 50 Pf. pro Stunde verlangten, und der Bezahlung der Ueberstunden, für welche 70 Pf. gefordert wurden. Allerdings hat die Verwaltung auch diesmal keinen Organisationsvertreter zur Verhandlung zugezogen, aber es steht zu hoffen, daß die Beizertung mit Verbandsvertretern zu verhandeln, auch noch überwunden werden kann.

## Generalversammlung der Holzarbeiter.

In der am Freitag abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung der Holzarbeiter-Verbandes begründete der Vorsitzende Glöckle einen Antrag der Ortsverwaltung: Den Beschluß der vorigen Generalversammlung wieder aufzuheben, welcher besagt, daß der Verband den „Vorwärts“ nicht mehr als Publikationsorgan benutzen soll. Der Redner führte aus, die Ortsverwaltung habe, dem Generalversammlungsbeschlusse entsprechend, versucht, die Versammlungen durch Handzettel und Säulenanschlag bekannt zu machen, auch sei beabsichtigt, ein Mitteilungsblatt der Zahlstelle herauszugeben. Aber es habe sich gezeigt, daß alle diese Mittel nicht geeignet seien, die Publikation in einer Tageszeitung wirksam zu erreichen. Die Ortsverwaltung habe deshalb ohne Widerspruch den Antrag angenommen, den „Vorwärts“ wieder als Publikationsorgan zu benutzen. Die Ortsverwaltung habe sich bei der Annahme ihres Antrages lediglich von allgemeinen

gewerkschaftlichen Interessen, besonders dem Interesse der Verbandsmitglieder leiten lassen. Seit die Versammlungen nicht mehr im „Vorwärts“ angezeigt werden, sei der Besuch derselben erheblich zurückgegangen. Es sei eine Schwächung des Verbandes zu erwarten, wenn die Kollegen und auch andere gewerkschaftliche Kreise nicht mehr durch eine Tageszeitung über die Angelegenheiten des Holzarbeiterverbandes unterrichtet werden. Die politischen Streitfragen müßten in der gewerkschaftlichen Tätigkeit ausbleiben. Wegen des Beschlusses der vorigen Generalversammlung seien aus Mitgliederkreisen 16 Beschwerden an den Verbandsvorstand eingegangen, der deshalb ebenfalls die Aufhebung des Beschlusses befürworte.

Nachdem sieben Redner in längeren Ausführungen den Antrag der Ortsverwaltung bekämpft hatten, traten zwei Redner für denselben ein. Glöckle betonte in seinem Schlusswort, die Gewerkschaft solle nicht dazu beitragen, daß der politische Streit verschärft und die Zerstückelung der Gewerkschaft noch weiter getrieben werde.

Der Antrag der Ortsverwaltung sei lediglich im Interesse des gewerkschaftlichen Zusammenarbeitens gestellt und nehme keine Rücksicht auf politische Streitigkeiten.

Der Antrag der Ortsverwaltung wurde gegen eine starke Minderheit abgelehnt. Einmütig angenommen wurde die von der Ortsverwaltung empfohlene wöchentliche Herausgabe eines Mitteilungsblattes für die Zahlstelle, wozu eine Probenummer der Versammlung vorlag.

Inzwischen war die Zeit zu weit vorgehritten, daß die übrigen Punkte der Tagesordnung nicht mehr behandelt werden konnten.

## Aus der Schlichtungskommission der Militärschneider.

„Er schob mich vor!“ Die Kriegsbekleidungsämter haben wiederholt Unternehmer für Militärschneiderarbeiten mattgesetzt, indem sie ihnen keine Aufträge mehr geben. Die Gründe sind verschiedene. Hauptächlich kommt auch die Nichterhaltung der Bedingungen, namentlich mit Bezug auf die tarifliche Bezahlung der Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht. In den Partizipanten gehört auch Herr Jaesler. Er wußte sich zu helfen. Ein Schneidermeister Grade sprang für ihn ein. Herr Grade befragte auf seinen eigenen Namen Arbeit von der militärischen Aufgabestelle und lieferte auch die fertigen Stücke ab. Ueberhaupt trat er als der Unternehmer für Militärschneiderarbeiten auf. Tatsächlich ließ aber Grade kein einziges Stück anfertigen. Alles wanderte zu Herrn Jaesler, der die Sachen durch seine Arbeiterinnen anfertigen ließ. Von ihm erhielt Herr Grade für die Beforgung der Arbeit eine Provision.

„Er schob mich vor!“ — So kennzeichnete Herr Grade treffend und in jäherner Offenheit selber in der Schlichtungskommission sein Verhältnis zu Herrn Jaesler.

Jaesler hatte seinen Kompagnon Grade vor die Schlichtungskommission zitiert, weil Grade ihm 500 M. an Löhnen vorenthalten hatte. Der Grund war, daß die beiden wegen der Höhe der Provision in Streit geraten waren. Grade glaubte, sich nicht mit 10 Proz. begnügen zu sollen, sondern forderte als angemessen 12 1/2 Proz.

Die Schlichtungskommission, der diesmal Herr Neubauer vorsah, machte dem Herrn Grade klar, daß die Bekleidungsämter keine eigenartige Vermittlerstätigkeit sicher streng mäßigen werden. Was den Streit zwischen ihm und Jaesler angehe, so müsse er unbedingt die Löhne an Jaesler weitergeben. Andererseits gehe seine Provision die Schlichtungskommission gar nichts an. Glaube er, zu wenig Provision erhalten zu haben, so müsse er seine entsprechenden Forderungen beim Zivilgericht geltend machen.

Zu niedriger Entlohnung betraf ein anderer Prozeß, in dem Herr Jaesler Beklagter war, während der Schneiderverband, der sich mehrerer Arbeiterinnen angenommen hatte, durch Runge die Klage vertreten ließ. Es kam ein Vergleich auf 75 M., in mehreren Raten zahlbar, zustande.

Lohnnachzahlung forderte der Schneiderverband, vertreten durch Runge im Namen von vier Arbeiterinnen durch Klage gegen den Schneidermeister Helmbach. Der Beklagte hat mehr als zulässig sich für Ablefern und Einrichten bereit und die Arbeiterinnen ent-

sprechend verhält. Es wird ein Vergleich geschlossen. S. zahlte in zwei Raten 50 M. nach.

Den Zwischenmeisterzuschlag verlangt St. von Sch. Es handelt sich um längere Zeit. Verlangt werden 1071 M. Durch Vergleich verpflichtet sich der Beklagte zur Zahlung von 400 M. und St. nimmt darauf den weitergehenden Anspruch zurück.

Kein besonderer Kriegsausschuß für die Textilindustrie. Vom Textilarbeiterverband wird uns geschrieben:

Die Nr. 40 des „Vorwärts“ vom 10. Februar 1917 enthält in der Beilage eine irreführende Notiz betitelt: „Kriegsausschuß für die Textilindustrie“. Auf eine Anfrage beim Kriegsausschuß wurde uns der Bescheid, daß für Groß-Berlin nur zwei Kriegsausschüsse bestehen, je einer für die Metall- und einer für die Bekleidungsindustrie. Die Textilindustrie Groß-Berlins ist dem Kriegsausschuß für die Metallindustrie unterstellt.

Der bisherige Kriegsausschuß für die Metallindustrie Groß-Berlins ist vom Kriegsausschuß für andere Gewerbe Spruchkammern zu bilden. Diese Spruchkammern sollen aber ebenso wie etwa vorhandene Tarif-Schiedsgerichte, Schiedshöfe, Einigungsämter, Schlichtungsausschüsse nur für Streitigkeiten nach § 13 Gew. betr. G. in Betracht kommen. Ueber den Abföhrerschein entscheidet nach wie vor der Kriegsausschuß für die Metallindustrie Groß-Berlins.

## Aus Industrie und Handel.

Berein Berliner Kaufleute und Industrieller. Am Mittwoch, den 28. Februar, wird im großen Sitzungssaal des Vereins Deutscher Ingenieure, Sammetstraße 4a, Justizrat Kurt Jocusell über das Thema „Die Geschäftsaussicht zur Abwendung des Konkurses“ sprechen.

## Dänemarks Lebensmittelzufuhr nach England.

Nach der „Lidkrift for Landdlon m“ betrug der Wert der in England im vorigen Jahre eingeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse rund 4800 Millionen Kronen. Dervon kamen aus Dänemark für 378 Millionen Kronen, also nur 1/12 der gesamten Einfuhr Englands. Im Jahre 1914 führte Dänemark 175 Millionen Pfund Butter in einem Wert von 198 Millionen Kronen (Durchschnittspreis 1,14 Kronen pro Pfund) nach England aus.

Im Jahre 1915 kam die ausgeführte Buttermenge auf 183 Millionen Pfund bei einem Gesamtwert von 184 Millionen Kronen (1,00 Kronen pro Pfund).

Der Rückgang hielt auch im Jahre 1916 an, wo nur 118 Millionen Pfund Butter nach England gefandt wurde, der Preis hatte sich indes auf 1,60 pro Pfund erhöht.

Die Speziaufuhr nach England betrug:

1914	1915	1916
Pfund	Pfund	Pfund
271 Millionen	206 Millionen	164 Millionen

in Wert von 179, 164 bzw. 163 Millionen Kronen. Der Pfundpreis stieg also von 66 Dene auf 80 Dene im Jahre 1915, um im folgenden Jahre fast 1 Krone zu erreichen. Die in den drei Jahren ausgeführten Mengen sind nicht gemeldet, die dafür erzielten Summen betragen 1914: 46 Millionen Kronen, 1915: 33 Millionen Kronen, 1916: 23,5 Millionen Kronen.

Während also die dänische Ausfuhr nach England abnahm, hat die englische Einfuhr aus den berechtigten Staaten und Kanada sehr zugenommen. Spezia. B. wurde aus den letzteren dreimal und aus Kanada fast fünfmal soviel wie vordem eingeführt.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelho; für den Wirtsch. Teil: Alfred Scholz, Reinick; für Industrie: Ed. Glöckle, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 3 Beilagen.

# A. WERTHEIM

## Leder-Handschuhe

Damen-Handschuhe		Herren-Handschuhe		Damen-Handschuhe	
Glacé mit 2 Druckknöpfen	1.25	Glacé farbig mit 1 Druckknopf	1.85	Nappa-Stepper mit 3 Druckknöpfen, braune Farben	2.90
Glacé farbig, weiß u. schwarz, m. 2 Druckknöpfen	1.85	Waschleder mit 1 oder 2 Druckknöpfen	2.45	Ziegenleder mit 2 Druckknöpfen, farbig, weiß und schwarz	3.50
Schweden farbig, mit 2 Druckknöpfen	1.85	Nappa-Stepper mit 1 Druckknopf in braunen Farben	3.90	Stepper mit 1 Druckknopf, weiß und schwarz	3.90
Schwedenstepper farbig, mit 2 Druckknöpfen oder 2 Knöpfen	2.35	Chromstepper Militärhandschuhe rot, innen weiß, mit 2 Druckknöpfen	3.90	Mochastepper farbig mit 2 Druckknöpfen	3.90
Waschleder gelb und weiß, mit 3 Knöpfen oder 2 Druckknöpfen	2.45	Weißer Waschlederhandschuhe Militärhandschuhe, mit 2 Druckknöpfen	3.90	Nappastepper mit breiter Aufnaht in braunen Farben mit 2 Druckknöpfen	4.50
Ziegenleder mit 2 Druckknöpfen	2.75			Ziegenleder farbig mit breiten Aufnahmen und 2 Druckknöpfen	4.50
Glacé weiß, mit schwarzer Aufnaht, mit 2 Druckknöpfen	2.90			Weißer Glacéhandschuhe 8-Knopf-Länge	2.90
Glacé schwarz, mit weißer Aufnaht, mit 2 Druckknöpfen	2.90			12-Knopf-Länge	3.90

## Damenkleider

- Nachmittagskleid aus feiner Perleide, modern verarbeitet, mit Seidenelenden, Knöpfchen und rosa Tüllwestchen garniert 55.00
- Neues Mantelkleid aus Taftseide, mit großem Kragen, aus farbigem Seidenband 95.00
- Neues Mantelkleid aus Taftseide, mit elegantem, echten Fillet-Spitzenkragen 115.00

## Damenhüte

- Kleiner Kunstseidenhut mit aufgeschlagener Krempe 5.50
- Strohkappe mit Seidenkopf 7.50
- Moderner Stroh-Matlot mit Taftkopf 7.00
- Matlotform aus Kunstseide mit Lackpaspel 7.50
- Rundhut aus Strohborle mit Kunstseiden-Garnierung 8.90
- Handgenähter Strohhut mit Taftkopf und Krempe 15.75
- Großer Rundhut mit Taftband, Garnitur und Agraffe 21.50
- Handgenähte Schute mit Blumen-Ranke und Hängeschleier 24.75
- Großer Tagalhut mit Reiter-Locken garniert 26.50



Hut 24.75



Hut 15.75

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen und verstorbenen Kollegen gewidmet.

**Bauer, Johann, Arbeiter,**  
geb. 5. 7. 1874, Kottbus.

**Böhl, Rudolf, Revolverdreher,**  
geb. 17. 10. 1885, Bismarck.

**Czischke, Hermann, Schmied,**  
geb. 13. 2. 1884, Rangierstr.

**Ebert, Heinrich, Werkzeugmacher,**  
geb. 13. 8. 1897, Bremen.

**Liedtke, Richard, Maschinenarbeiter,**  
geb. 12. 4. 1886, Bismarck.

**Maluche, Felix, Formner,**  
geb. 21. 9. 1880, Berlin.

**Ortmann, Peter, Dreher,**  
geb. 4. 8. 1888, Döllschloß.

**Steuere, Fritz, Dreher,**  
geb. 27. 11. 1895, Berlin.

**Trapp, Max, Fräser,**  
geb. 23. 4. 1890, Berlin.

**Werner, Hans, Gärtler,**  
geb. 22. 12. 1884, Berlin.

Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Banarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.  
Bezirk Friedrichshöhe.

Am 20. Februar starb unser Mitglied, der Schlosser

**Friedrich Pöggel.**  
Die Beerdigung findet am Montag, den 26. Februar, nachmittags 2 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof bei Kottbus statt.

Bezirk Kottbus.

Am gleichen Tage starb unser Mitglied, der Papier

**Friedrich Schulz.**  
Die Beerdigung findet am Montag, den 26. Februar, nachmittags 11 Uhr, im Krematorium in der Ruhomer Straße statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

Bezirk Moabit.  
Nachruf.

Herrn starb am 20. Februar der Maurer

**Wilhelm Schmidt.**  
Ehre ihrem Andenken!  
Die örtliche Verwaltung.

### Verein der Für Feuer-Freidenker

zu Berlin.

Am 21. Februar verstarb unser Mitglied, der

**Adolf Klotz**  
Schildingstraße 5.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 26. Februar, nachmittags 11 Uhr, im Krematorium in der Ruhomer Straße statt.

Um zahlreiche Beteiligung bitten

Der Vorstand.

Herrn von der Heimat sei als Opfer dieses Weltkrieges am 5. Februar, morgens 4 Uhr, auf einem Entzugswagen durch Insanitergeschütz in den Rücken mein einziger, geliebter Sohn, mein lieber, guter, tapferer Bruder, der Grenadier

**Georg Bärmann**  
Grenadier-Reg. Nr. 1. 8. Komp. nach vollendetem 21. Lebensjahre.  
Er folgte unserer lieben Mutter — nach nicht einem Jahre — in den Tod.  
Für tiefstem Schmerz zeigen dies an

**Franz Bärmann**  
als Vater.  
**Klara Bärmann**  
als Schwester.  
Berlin N. 65, Turiner Str. 31.  
Sollte die Ueberführung unseres lieben Jungen möglich sein, so wird natürlich über die Beerdigung noch bekanntgegeben.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder

**Richard Leip**  
im zarten Alter von 12 Jahren an Epilepsie im Krankenhaus St. 11 am 22. Februar verstorben ist.

Die trauernden Eltern und Geschwister: **Hug. Leip.**  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 27. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Prenzlauerberg, Friedenstraße, aus statt.

Schmerzliches Gedenken zu seinem 15. Geburtstag.

Am 5. Januar 1917 ist mein über alles geliebter Mann, der Landsturmmann

**Karl Biedermann**  
Landst.-Infanterie-Reg. 1. 16. Bat. zu Hause verstorben.  
Er hinterließ mich so früh verlassen, gewissermaßen in mein ganzes Leben, und es ist mir ein schweres Los, daß man sich nicht und nicht, die Krone des Hauses ist.  
Die trauernden Eltern  
**Anna Biedermann, Adress: 67, Ruche leut in Preussendorf 128**

### Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage hiermit allen Bekannten und Verwandten, insbesondere dem Gesangsverein Hergengrauen für seine so wichtigen Lieber meinen herzlichsten Dank!

**Wwe. Johanna Schellenberg.**

### Dankfagung.

Dem Verband der freien Gewerbetreibenden, den Vorlesern, dem Mandatrat und den verehrten Stammesgenossen allen Bekannten, die sich so überaus reichlich ihre Teilnahme bezeugten und unsere teuren Entschlafenen zur letzten Ruhestätte geleiteten sowie den Sängern sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Es ist uns ein Trost und tut unserem Herzen wohl zu wissen, daß so viele unserer Schmerzlichen Anteil mit uns teilen.

Am Namen aller Hinterbliebenen  
**Verw. Marika Krause geb. Hoffmann.**  
Berlin-Schöneberg, 24. 2. 1917.

### Schwache Nerven

sind die Quelle vieler Leiden.

Müdigkeit, Verwirrung, Reizbarkeit, Schwächezustände mancher Art, Lebensüberdruß, Kopf-, Rücken-, Nervenschmerzen u. viele and. Beschwerden sind die ständigen Folgeerscheinungen. Wer unter diesen Symptomen leidet und wieder gesund werden, frische Lebenskräfte, neuen Lebensmut und volle Lebensfreude wieder erhalten will, der gebrauche sofort unsere kombinierte Sauerstoffkur, die nach vorliegenden ärztlichen Gutachten in fast allen Fällen geradezu überraschende Erfolge bringt. — Verlangen Sie kostenlos ausführliche ärztliche Broschüre! — **Dr. Gebhard & Cie., Berlin SW 111, Halesche Straße 21.**

Am Dienstag, den 20. Februar d. J. ist zur Beerdigung einer Abendgesellschaft zwischen Leipzig und Berlin ein Unfall zwischen Leipzig und Bitterfeld wie folgt eingeleitet worden:

Leipzig 8.00 abends  
Leipzig 9.31  
ab 9.52  
Bitterfeld an 10.00

Im Bitterfeld besteht durch Einrichtung eines Kutschhalls Anschlag an den Schnellzug D 11 (Brandenburg) — Halle ab 9.57 abends, Bitterfeld ab 10.21 abends — Berlin ab. 11.00 abends. Dem gleichen Zuge ist der Fall des Schnellzuges D 11 in Bitterfeld anzuheben.

**J. Baer,**  
Badstr. 26. Ecke Herren- und Knabenböden, Berufskleidung, Einsegnungs-Anzüge, Joppen, Gr. Stofflager, billigste, feste Preise

**Glühwusch-Extrakt**  
Liter 1. 2.55.  
Für anständige Toilette unter 5 Pfennig.  
**Hermann Führer, Berlin O.,**  
Marillenkstr. 31.  
Tel.: Amt Södinghals 2519.

**Münzen**  
kauft, kauft, Münzen, Berlin Wilhelmstr. 40/41. 12 24

**Wasserdichte Mäntel**  
Kostume, Rüsche, Wintermäntel, neueste Formen — beste Stoffe gibt an Preise 1917

**Damenmäntelfabrik Bilski,**  
Krausenstr. 30, Hof, Döllschloß.

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Wockenfuß,**  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Vor.) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Eitrige-Harn-Kur (Dauer 10 Tage), Blutuntersuchung, Sonette, sichere, schmerzlos Heilung ohne Berufs- (25/10) störung, Teilzahlung.  
Sprechstunden: 11—1 und 6—8.

**Jogal**  
Gicht, Rheuma, Ischias, Hexenschuß, Nerven- und Kopfschmerzen  
Wird schnell und begünstigt — Handelt von Verletzungen. Ein Verlaß übersteigt. Jogal-Tabletten sind in allen Apotheken erhältlich. Preis 20 1.40 u. 20 1.25

### Neue Steuern während des Krieges?

Von Gustav Hoch, M. d. R. Preis 1 Mark

Die neuen Steuerentwürfe, für die das gesamte deutsche Volk Interesse hat, werden in dieser Schrift ausführlich und in allgemein verständlicher Form kritisch behandelt. In Hand reichlichen Materials beantwortet der Verfasser die Frage, ob und in welcher Form neue Einnahmen des Reiches während des Krieges notwendig sind.

### Praktische Steuerpolitik oder Steuerdogmatik?

Von Heinrich Cunow. Preis 1 Mark

Diese Broschüre bietet eine gute, gemeinverständliche Einführung in die Aufgaben der Steuer- und Finanzreform nach dem Kriege und bildet somit gewissermaßen eine Ergänzung zu obiger Schrift.

### Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie

Von Hermann Wendel, M. d. R. Preis 75 Pfennig

Inhalt: Elsaß-Lothringen als Kriegsziel. — Geschichtliches. — Die deutsche Sozialdemokratie und Elsaß-Lothringen. — Nach 44 Jahren. Die wirtschaftliche Verknüpfung. — Elsaß-Lothringen und Frankreich.

### Arbeiterkultur und Krieg

Von Heinrich Schulz, M. d. R. Preis 75 Pfennig

Aus dem Inhalt: Kultur und Arbeiter. — Kultur und Kampfs. — Nationale und internationale Kultur. — Krieg und Kultur. — Klassenkampf und Klassenkampf nach dem Kriege usw.

**Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68**  
Lindenstraße 3

Einsegnung 1917  
**Uhren & Goldwaren**  
Pütz & Co., Lindenstr. 109.

### Pichterfelder Kranken- u. Sterbekasse für sämtliche Berufs-zweige.

Gesamtkasse.  
Sitzung am 27. März der Massenlagung bringen wir hierdurch zur Kenntnis, daß die

### General-Versammlung für das Jahr 1917

am Sonntag, den 29. April 1917, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Berlin, Ungerstr. 15, stattfinden.

Die Generalversammlung hat sich mit der Abnahme der Jahresrechnung, der Entlastung des Vorstandes, der Wahl der Revisorfunktionäre, mit Wählern zur Massenlagung, mit Beschlüssen über die Tagesordnung und Beschlüssen von Mitgliedern usw. zu beschäftigen.

Die Abordnung wird durch besondere Einladungen benachrichtigt.

Der Vorstand.

### Haben Sie Frost?

an Händen, Füßen, Ohren

**Reichels Frostikon-Balsam**  
besorgt Frostbeulen, Risse und Jucken. Fl. 2.—

**Reichels Frostikon-Salbe**  
gegen Wunden, aufgebrochene Frostschäden M. 1.—  
Wirkung schnell u. sicher!  
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

### Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl. Billigste Preise.  
1. Mohrenstraße 37a (Kolonaden)  
II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andromeda)  
Auswahlungen sofort.  
Am Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

### In Freien Stunden.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Von Heft 15. 15. Buchhandlung Hermanns, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

## Berliner Ruderverein Freiheit

Als Opfer dieses unerbittlichen Weltkrieges betrauern wir unsere Mitglieder

**franz Schleußner**  
**Waldemar Schulz**  
**Karl Rekelkamm**  
**Robert Warschewsky**  
**Karl Kürwitz**  
**Hans Kmitta**  
**Walter Rosien**  
**Willi Waschke**  
**fritz Lier**  
**Bruno Scheibel**  
**Julius Schimke**  
**Karl Kumrow**  
**Artur fehnrich**

Ihrer werden wir stets in Ehren gedenken!

### Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Hilfsliste Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler

**Paul Schröder**  
(Bezirk Kottbusch)  
am 21. Februar verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 26. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Dankes-Büchchens in Reinholdsdorf-Weiß, Bismarckstr. aus statt.

Herrn den Kollegen zur Nachricht, daß unser altes Mitglied, der Maler

**Jos. Makulla**  
(Bezirk Prenzlauerberg)  
am 21. Februar verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Montag, den 26. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Prenzlauerberg, Friedenstraße, aus statt.

### Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeitstunler

**Wilhelm Schwesig**  
von der Firma Hönigs, Wilmberg, am 20. Februar im Alter von 49 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Bezirksverwaltung.

### Sozialdemokratischer Wahlverein Treptow-Baumschlittenweg.

Am 14. Februar verstarb in einem Feldlazarett nach schwerer Verwundung unser Mitglied, der Werkzeugmacher

**Heinrich Ebert**  
im Alter von 19 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
100/3 Der Vorstand.

Am dem 22. Februar verstarb nach kurzen schweren Leiden unser lieber Vater, Großvater und Schwiger Vater, der Eisenarbeiter

**Gottfried Philippe**  
im Alter von 74 Jahren.  
Dies zeigen wir betrübt an  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Iobanas-Kirchhofes in der Hermannstr. aus statt. 1917

Berichtigung.

In der in Nr. 56 unseres Blattes vom 23. d. Mts. veröffentlichten Todesanzeige des Schriftstellers

**Richard Witschkowski**  
sind es Teile u. von unten heißen:  
Familie Babbe (nicht Babbe).

## Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verwaltung Groß-Berlin.

Gefallen sind folgende Mitglieder:

<b>Otto Friese,</b>	Bezirk Kottbus
<b>Otto Kusatz,</b>	„ Erkner
<b>Karl Schnell,</b>	„ Neuenhagen
<b>Hermann Hennig,</b>	„ Niederlehme
<b>Gustav Naujokat,</b>	„ Lichtenberg
<b>Friedrich Müller,</b>	„ Norden
<b>Otto Haase,</b>	„ Nord-West
<b>Gustav Gehrke,</b>	„ Adlershof

Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

### Nachruf.

Am 14. Februar starb an den Folgen seiner schweren Verwundung mein lieber Freund, unser treuer Kamerad, der frühere Jugendheimleiter von Treptow

**Heinrich Ebert**  
im blühenden Alter von 19 Jahren.  
Sein offenes, freundliches Wesen sowie seine hohe Gutsbereitschaft sichern ihm bei uns ein treues, ehrendes Gedenken.

**Charlotte Schelle.**  
**Erwin Engel,**  
**Otto Sings,**  
**Walter Dan,**  
**Walter Peters**

**Charlotte Ebdow,**  
**Grete Bobzin,**  
**Gertrud Freigang,**  
**Erna Schäfer.**

### Spezialarzt

**Dr. med. Coleman**  
1. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Bein-, Krämpfe, Eitrige-Harn-Kuren (Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos, oh. Berufsstörung. **Dr. Homeyer & Co.** kons. Labor. f. Blutunters., Fäden im Harn usw. **Friedrichstr. 61,** gegenüber **Königsstr. 24-26.** Ecke Neuo. **Friedrichstr. 61,** Sprechst. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1. Honorar mäßig, auch Teilzahl. — Separates Damenzimmer.

